

Die Volksstimme erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.

Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Neue Welt): Friedr. Wahle, Magdeburg. Verlag von B. Harbaum, Magdeburg-Neustadt. Geschäftsst.: Schmieheoffstr. 3/6.

Druck von A. Arnoldt, Magdeburg.

Volksstimme

Prämienanstoß zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich inkl. Frachtposten 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. In der Expedition u. den Ausgabestellen 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2,50 Mk. ztl. Bestellgeld. Einzelne Nummern 5 Pf. Sonntags-Nummern 10 Pf. Zeitungskasse Nr. 7242. Injektionsgebühr 15 Pf. Fernsprech-Anschluß Nr. 1567, Amt I.

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Unterhaltungs-Beilagen: Die Neue Welt (acht Seiten, illustriert) und der Romanbogen. Außerdem: Der Landbote, Die Frauenpost.

Nr. 17.

Magdeburg, Donnerstag, den 21. Januar 1897.

8. Jahrgang.

Heute liegt bei: Bogen 21 vom Roman „Der Nabob“.

Allerlei aus dem preussischen Abgeordnetenhaus.

Aufhebung des Verbots der Verbindung politischer Vereine. — Aenderung des Landtagswahlrechts. — Gegen die Verletzung der Sozialdemokratie. — Prozeß Ledert-Lühow. — Die Bäckereiverordnung. — Die Handwerkervorlage. — Reform des Reichstagswahlrechts. — Das künftige Vereinsgesetz. — Falsche Preisnotierungen.

Berlin, den 19. Januar 1897.

Im Abgeordnetenhaus begann am Montag die erste Lesung des Etats. Die Etatsdebatten, die im Reichstage infolge des Eingreifens unserer Genossen meist zu den lebhaftesten Sitzungen gehören, verlaufen im Abgeordnetenhaus gewöhnlich sehr ruhig. Um so mehr überraschte es heute, daß der erste Redner, der Centrumsabgeordnete Dr. Bachem, in seiner Rede zu verschiedenen Fragen Stellung nahm, die in der letzten Zeit die öffentliche Meinung erregt haben und, wenn in geschickter Weise darauf eingegangen wäre, wohl die Debatte auf ein höheres Niveau hätten heben können.

Zunächst richtete Dr. Bachem an die Regierung die Frage, wann sie endlich das im Reichstage abgegebene Versprechen der Aufhebung des Verbots der Verbindung politischer Vereine erfüllen wolle. Mit dem vom Reichskanzler ohne jede Verlausulierung gegebenen Versprechen ständen die neulichen Ausführungen des Ministers des Innern im Widerspruch; seine Partei halte eine reaktionäre Aenderung des Vereinsgesetzes für das Schlimmste, was die Regierung thun könne. Ferner regte Bachem eine Aenderung des Landtagswahlrechts an, da das Dreiklassenwahlrecht infolge der Steuerreform seinen plutokratischen Charakter noch deutlicher als bisher offenbare. Von den Fragen, die mit dem Etat in engerer Verbindung stehen, verdrängte sich Redner nur über den Beamtenbesoldungsplan, der die Zustimmung seiner Partei nicht finden könne, da nach oben zu viel, nach unten zu wenig oder gar nichts gegeben sei. So lange im preussischen Staate noch Beamte vorhanden seien, die nicht einmal das Gehaltsminimum hätten, dürfe man den auskömmlich besoldeten höheren Beamten nichts zumenden. Eine Antwort auf diese bedeutsame Rede erfolgte vom Ministertische nicht. Der folgende Redner, Graf zu Limburg-Sturum (kons.), berührte ebenfalls die Frage des Vereinsgesetzes und des Wahlrechts. Die Erklärung des Reichskanzlers könne nach der Meinung seiner Freunde den Landtag nicht abhalten, Maßregeln zu ergreifen, um den Verletzungen der Sozialdemokratie entgegenzutreten. Es sei geradezu naiv, zu glauben, daß man sich mit einem bloßen Verbote der Verbindung politischer Vereine begnügen würde. Das Wahlrecht halte auch er für mangelhaft, aber besser als ein Wahlmodus, der solche Verschiebungen der sozialen Machtstellung hervorrufe, wie im Reichstage, sei ihm immer noch das Dreiklassenwahlrecht.

Gegen ein reaktionäres Vereinsgesetz sprach sich schließlich auch Abgeordneter Dr. Sattler aus, worauf die Etatsberatung auf Dienstag vertagt wurde. Am Dienstag sprachen aus dem Hause nur zwei Redner, die Abgeordneten Frhr. v. Sedlitz (freikons.) und Richter (freif. Volksp.) zur Sache, während im übrigen die Kosten der Debatte von den Regierungsvertretern getragen wurden. Nachdem zunächst bei Beginn der Sitzung Geheimrat Althoff als Vertreter des Kultusministeriums die vorgeschlagene Neuregelung der Professorengehälter zu rechtfertigen gesucht und ev. eine Verstaatlichung der Kollegiengehälter in Aussicht gestellt hatte, ergriff unter allgemeiner Spannung der Ministerpräsident Fürst Hohenhausen das Wort, um sich über den Prozeß Ledert-Lühow zu äußern. Was er sagte, war freilich weniger als nichts; er betonte, daß die Beziehungen des Auswärtigen Amtes zur Presse eine Notwendigkeit seien. Einem Urtheil über Herrn v. Lühow enthielt er sich aus Achtung vor den Gerichten und erklärte nur, daß er die Hilfe des Gerichts auch ferner überall da in Anspruch nehmen werde, wo er Verleumdungen und Beleidigungen gegen Beamte in der Presse begegne. Das Vorgehen des Frhr. v. Marschall sei von dem gesamten Staatsministerium gebilligt; überhaupt bestehe in allen politischen Grundansatzungen vollkommene Uebereinstimmung im Ministerium.

Mit dieser Erklärung gab sich der erste Redner aus dem Hause, Frhr. v. Sedlitz, zufrieden. Er forderte eine Modifizierung der Bäckerei-Verordnung in dem Sinne, daß die kleineren Bäckereien können, eine baldige Handwerker-Vorlage und eine Reform des Reichswahlrechts. Daß er es als die Pflicht der Regierung bezeichnete, zugleich mit der Aufhebung des § 8 des Vereinsgesetzes auch weitere Reformen im Vereinsgesetz vorzunehmen und namentlich an die vierjährigen vom Besuch politischer Versammlungen auszuschließen und

daß er sich ferner mit dem Besoldungsplan einverstanden erklärte, ist bei der Stellung dieses Herrn und bei seinen Beziehungen zu den Ministern selbstverständlich. Ungleich wichtiger war die Rede des Abg. Richter, der zunächst die augenblickliche Finanzpolitik einer scharfen Kritik unterzog und hierbei treffend Herrn Miquel als den eigentlichen Eisenbahn-Minister, Herrn Thielen aber nur als den technischen Unterstaatssekretär Herrn Miquels bezeichnete. Das Treiben der politischen Polizei verurteilte Redner auf das Entschiedenste, indem er das ganze offiziöse System einer Kritik unterzog und eine endliche Reform dieser Zustände verlangte. Im Ministerium herrsche keine Einigkeit, sonst könnten solche Dinge, wie sie der Prozeß Ledert-Lühow enthält, nicht vorkommen. Auch in Bezug auf die Erfüllung des vom Reichskanzler gegebenen Versprechens betr. das Vereinsgesetz schmeie der Minister des Innern anderer Ansicht zu sein, da sich die Erfüllung des Versprechens so sehr verzögere. Würde nicht die Zulage rückhaltlos eingelöst, so würde die ohnehin schon geschwächte Autorität des Ministeriums noch mehr leiden.

Auf diese Rede antworteten nicht weniger als drei Minister. Der Finanzminister Dr. Miquel beschränkte sich, wie so oft in letzter Zeit, auf persönliche Angriffe gegen Richter, der Handelsminister Bessel ließ sich weit-schweifig über die Handhabung des Börsengesetzes aus, während der Minister des Innern, Freiherr v. d. Meide, endlich seine Stellung zum Vereinsgesetz verlegte. Es unterliegt keinem Zweifel, daß wir demnächst in Preußen ein reaktionäres Vereinsgesetz bekommen. Der Minister versprach, daß die Zulage des Reichskanzlers „selbstverständlich“ erfüllt werde; das Verbot der Verbindung politischer Vereine werde aufgehoben, aber man dürfe der Regierung Preußens nicht das Recht bestreiten, die Revision in der ihr genehmen Form vorzunehmen. Welche Form der Regierung genehm ist, weiß jedes Kind.

Zum Schluß versuchte auch der Oberagrarier v. Mendel-Stiefels, der bekanntlich die Behauptung aufgestellt hat, daß an der Berliner und an anderen Börsen falsche Preisnotierungen vorkommen, sich in einer persönlichen Bemerkung zu rechtfertigen, indem er diese Neußerung nach bekanntem Muster einfach bestritt und die Preßberichte als entstellt bezeichnete. Es ist doch komisch, daß Herr v. Mendel mit dieser Ausrede nicht gleich hervortrat, als die Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft ihn in der Öffentlichkeit bloßgestellt hatten, sondern daß er damals den Beweis für seine Behauptungen zu erbringen versprach, was er allerdings bisher nicht gethan hat. Hierauf trat Vertagung ein.

Parlamentarische Nachrichten.

Berlin, den 19. Januar 1897.

Der Reichstag beschäftigte sich am Dienstag mit dem Etat des Reichsschatzamts. Hierzu lag eine Resolution des Abg. Hammacher vor, worin die Einführung von Bundesauskunftsstellen und die Errichtung eines Zollgerichtshofes angeregt wurde. Abg. Lenzmann von der Freiköniglichen Volkspartei machte sich diese Resolution zu wesentlichen zu eigen, befuhrwortete aber in einer besonderen Resolution die Einsetzung einer authentischen Reichsaus-kunftsstelle und belegte ihre Notwendigkeit mit der An-führung von Fällen, wo Importeure auf die Ankunft einer untergeordneten Stelle hin Geschäftsabschlüsse getroffen und durch Zollnachforderungen Nachteile erlitten hätten. Hierbei verwies er auf die ersprekliche Wirksamkeit derartiger Einrichtungen in anderen Kulturstaaten. Abg. Hammacher erklärte sich im großen und ganzen mit dieser Begründung einverstanden und bezeichnete seine Resolution selbst als einen Nothbehelf. Für die Resolution im Sinne des Abg. Lenzmann äußerten sich die Abgg. Freiherr v. Heyl (natl.), Beth (Freif. Vp.), Frese (Freif. Vg.) und Ulrich (Soz.), der dieselbe durch die Forderung eines internationalen Schiedsgerichts für Zollstreitigkeiten erweiterte. Dagegen stellten sich die Abgeordneten Fischbeck (Freif. Vp.), v. Staudy (kons.) und Dr. Lieber auf den Standpunkt des Abg. Hammacher, nachdem der Schatz-sekretär erklärt hatte, der Bundesrat habe seinerseits bereits Erwägungen in Aussicht genommen und sei geneigt, wenigstens einer Stelle mit authentischer Auskunftserteilung zur Vermeidung von Zollnachforderungen zuzustimmen. Später nahm Abg. Lieber (Centrum) Gelegenheit, das Verbot des Finanzministers Miquel um die Einsicht des Centrums entschieden zurückzuweisen, worauf Graf Posadowsky ein neues Gesetz in Aussicht stellte, mit der Bestimmung, daß die Ueberweisungen die Matrikularbeiträge nicht übersteigen dürfen. Mittwoch: Interpellation Dahn und Fortsetzung der Etatsberatung.

156. Sitzung vom 19. Januar, 1 Uhr.

Die 2. Beratung des Etats wird beim Etat des Reichsschatzamts fortgesetzt. Hierzu liegt eine Resolution Hammacher vor auf Errichtung von Zollauskunftsstellen.

Abg. Lenzmann (freif. Volksp.) stimmt der Tendenz der Resolution zu, wünscht aber eine Reichsbehörde. Dem Wirrwarr und der Konfusion zwischen den Bundesstaaten, ja sogar innerhalb der einzelnen Bundesstaaten, müsse gesteuert werden. Die Notwendigkeit einer Besserung sei bereits bei einer früheren Debatte dargelegt worden. Um sie vollständig zu machen, müsse man aber Reichsbehörden errichten, sonst würden z. B. die preussischen Behörden ganz im Geiste des preussischen Finanzministers urteilen.

Abg. Hammacher (natl.) befuhrwortete seine Resolution. In Frankreich bestehe eine richterliche Entscheidung, und Handel und Wandel befänden sich wohl dabei.

Abg. Freih. v. Heyl (natl.) erwartet eine Erklärung der Regierung.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Es haben auf Grund einer früheren Resolution eingehende Erwägungen stattgefunden. Die Regierung habe jene Resolution aus staatsrechtlichen Gründen abgelehnt. Die Frage ist eine sehr verwickelte staatsrechtliche, rechtliche und zolltechnische. Der Handelsstand wolle einheitliche Entscheidungen. Die Differenzierung der Entscheidungen werde sich aber nicht vermeiden lassen. Gemisse Uebelstände könnten nicht ge-leugnet werden. Vielleicht könnte sich der Bundesrat darüber schlüssig machen, daß in jedem Staate die oberste Finanzbehörde oder eine andere autoritative Auskunft erteilen könnte mit rechtlich bindender Kraft für die Zukunft. Daher wäre der erste Teil des Antrages Hammacher ernstlicher Erwägungen wert. Zum zweiten Teil des Antrages liege aber ein Ausschlachten des Bundesrats. Das kann ich heute schon dem hohen Hause versichern, daß der Bundesrat sich nochmals eingehend mit der Frage beschäftigen wird, inwieweit berechtigten Wünschen auf diesem Gebiete innerhalb der Verfassung entgegen werden könnte.

Abg. Beth (freif. Volksp.) tritt für den Antrag Lenzmann ein.

Abg. Ulrich (Soz.) beantragt, im Falle der Ablehnung des Antrages Hammacher die Resolution Hammacher anzunehmen. Redner beantragt ferner: 1. ein internationales Zollgericht anzustreben und 2. in alle Zollverträge den Passus aufzunehmen, daß eine Regierung ohne Zustimmung der kontrahierenden Regierung eine Ware nicht anders rubricieren dürfe, wie es bei der Ratifikation des Vertrages der Fall gewesen ist. Redner bespricht sodann die Zollbehandlung seiner Ledermaren in Russland.

Die Resolution Lenzmann auf Schaffung einer Reichs-Auskunftsstelle ist indessen schriftlich fixiert worden. Sie lehnt sich in ihrem ersten Teil an die entsprechende Resolution Hammacher an mit dem Unterschied, daß sie eine Reichsbehörde fordert und einen Reichszollgerichtshof zur Entscheidung von Zollstreitigkeiten will.

Abg. Frese (freif. Vgg.) spricht für den Antrag Lenzmann.

Abg. Hammacher (natl.): Das Bedenken der Ausschaltung des Bundesrates, das der Staatssekretär geltend gemacht hat, ist unzutreffend. Der Bundesrat hat jetzt schon ein gewisses Kontrollrecht gegenüber den Entscheidungen der Einzelstaaten. Grund-sätzlich gebe ich dem Antrag Lenzmann den Vorzug; ich halte ihn aber nach der gegenwärtigen Lage der Dinge für einen Schlag ins Wasser.

Staatssekretär Graf Posadowsky weist darauf hin, daß der zweite Teil des Antrages Hammacher zu Schwierigkeiten führe, indem dem Bundesrat die Möglichkeit einer obersten Entscheidung belassen bleiben müßte. Das scheint Abg. Hammacher aber nicht zu wollen.

Abg. Fischbeck (freif. Vpt.) will für den Antrag Hammacher stimmen.

Abg. v. Staudy (kons.) befuhrwortet den ersten Teil des Antrages Hammacher.

Abg. Lieber (Centrum) wird mit seinen politischen Freunden für den Antrag Hammacher stimmen, dessen zweiter Teil keine wesentlichen Bedenken erzeuge. Redner geht jedoch auf die Angriffe ein, die im Abgeordnetenhaus gegen die Reichsaus-kunftsstelle und besonders gegen die Politik des Centrums gerichtet wurden. Er erkennt den einzelstaatlichen Vertretern nicht das Recht zu, über die Politik des Reichstags oder einzelner Parteien im Reichstage zu Gericht zu sitzen.

Staatssekretär Posadowsky: Daß der preussische Finanzminister dem Centrum bezüglich der Fortbildung der Klausula Frankenstein einen Vorwurf gemacht haben soll, beruht meiner Ansicht nach auf einem Mißverständnis. Ebenso glaube ich ver-sichern zu können, daß der preussische Finanzminister auf dem Standpunkte steht, daß in der Schuldenentilgung fortgefahren werden muß.

Abg. v. Bennigsen hofft auf eine Verständigung über die Finanzpolitik unter formeller Beibehaltung der Klausula Frankenstein. (Bravo.)

Abg. Limburg-Sturum (konservativ) hofft ebenfalls, daß sich mit der Zeit zwischen den Parteien eine Einigung über die Regelung der Finanzverhältnisse zwischen Reich und Einzelstaaten erzielen lassen werde. Unrichtig sei, daß immer Preußen hierbei vor-gezogen werde. Dies könne sich in nächsten Jahren am ehesten helfen. Gerade die kleineren Staaten müßten gegen Zufälle sicher-gestellt werden. Es müße eine feste Norm hergestellt werden zur Regelung der Ueberweisungen und Beiträge im Interesse der Spar-samkeit und im Interesse des förderativen Charakters des Reiches.

Abg. Cunneerus meint, die Anhäufung der Schulden sei gerade eine Folge der Klausula Frankenstein.

An der weiteren Diskussion beteiligten sich noch die Abgg. Wähler (Centr.) und Lieber (Centr.). Eingegangen ist die Inter-pellation Dahn wegen der Fischereidampfer. Weiterberatung morgen 1 Uhr. Interpellation Dahn. Rest der heutigen Tagesordnung: Schluß 5 1/2 Uhr.

Politische und volkswirtschaftliche Uebersicht.

Wegen Majestätsbeleidigung wurde die Arbeiter-frau Johanne Grundmann zu Sudenburg mit einem Monat Gefängnis bestraft.

Wegen Veranlassung zum Zweikampf wurden heute der Generalsekretär des Verbandes deut-scher Metallindustrieller, Dr. jur. Max Bosberg-Reslow, und der Regierungsassessor Lieutenant v. R. Bruno Arnold von der ersten Strafkammer am Landgericht II zu zwei resp. einer Woche Festungshaft verurteilt.

Die Einstellung des Zeugniszwangsverfahrens gegen die Frankfurter Zeitung und die Entlassung des Redakteurs Giesen aus der Zwangshaft ist, wie die Frank-

weiter Geltung jetzt mitteln kann, auf Veranlassung der- jenigen Instanzen erfolgt, die das Verfahren eingeleitet hatten. Diese haben sich von seiner Auslosigkeit über- zeugt und ihm deshalb ein Ende gemacht. Geors und Genossen Baumüller, der 6 Monate in Haft ge- sessen, waltete diese Erkenntnis nicht ab.

Dem Reichstags-Abgeordneten Dr. Wolszlegler soll, nach einer Meldung der Danziger Gazeta Gdanska, vom Bischof Dr. Rebner die parlamentarische Thätigkeit in den beiden reichsgewählten Körpers unterzogen worden sein. Dr. Wolszlegler ist katholischer Pfarrer. Bestätigt sich die Nachricht, dann läge ein Eingreifen des geistlichen Vorgesetzten gegen den Untergebenen vor. In Oesterreich versuchte die höhere Geistlichkeit vor Jahren eine gleiche Pression. Dem Bischof gefiel die Reichstags- Thätigkeit des Pfarrers Weber nicht. Er gebot ihm, sein Mandat niederzulegen. Der Pfarrer gehorchte. Aber er wurde mit noch größerer Majorität gewählt als vordem. Jetzt gab der Bischof nach und der Korstift war zu Ende.

Weil er **Rum Kett Wein** bei Auspendung des Abendmahls gebraucht hatte, ist der protestantische Pastor Dreher in Selsingen vom Konsistorium in Disziplin- unterzucht genommen und schließlich mit einem Ver- weise bestraft worden. Er war im letzten Sommer eines Tages zu einem Kirchorte weit entfernt wohnenden Kranken gerufen, um ihm das Abendmahl zu reichen. D. hatte den Wein vergessen, er erkundigte sich in dem Orte vergeblich nach Wein und entschloß sich, um den Kranken nicht ohne den gewünschten Trost zu lassen, bei dem Abend- mahl statt des Weines eine Mischung von Rum und Wasser anzuwenden. — Da nach dem Dogma vom Abend- mahl das Entscheidende für die Wirkung der Darreichung der Glaube des Empfängers ist, so hat die Kirchenbehörde Recht gehabt, es bei einer so milden Strafe bewenden zu lassen, die offenbar nur auf die im vorliegenden Falle zu tage getretene Vergeßlichkeit gesetzt worden ist.

Italien.

Die Auflösung der Kammer. Der Ministerrat ist zu einer Sitzung zusammenge- treten. Den Blättern zufolge gelte die Sitzung der Be- ratung über die Möglichkeit der Kammerauflösung. —

Spanien.

Fortschritt der Aufständischen auf Kuba. Im Reichbild von Havana griff eine Star- Juhurgenten einen Eisenbahnzug an, plünderte die Reisenden und nahm zehn Offiziere fest, von denen neun wieder frei gelassen wurden. Der zehnte wurde erschossen, weil er aus Kuba gebürtig war.

Rußland.

Russische Pressefreiheit. Der kürzlich gegründeten Petersburger Zeitung **Vostok** (Der Oststrahl) ist wegen ihrer tendenziösen Haltung auf Verfügung des Ministers die erste Verwarnung erteilt und der Verkauf der Einzelnummern verboten worden. Auch der neuen Zeitung **Utro** (Der Morgen) ist der Ver- kauf von Einzelnummern untersagt worden.

Die Träume der National-Sozialen.

Pfarrer Naumann beschäftigt sich in vorletzter Nummer der von ihm begründeten Zeit mit dem sozialen Konflikt. Der soziale Kaiser (sagt Pfarrer Naumann), ist noch nicht da, er wird auch nicht bald da sein, wir werden auf ihn warten und hoffen müssen, wie unsere Väter auf Deutschlands Einheit warteten, er kommt vielleicht gar nicht im Sonnenchein guter Tage, sondern in Gewitter- zeiten des deutschen Volkes, aber er kommt. Immer mehr Menschen fühlen, daß er kommen muß. Er wird

langsam zur geschichtlichen Notwendigkeit. Eines Tages wird Vassalle vom Schlaf erwachen und Fichte wird hinter ihm sein und alle, wahrhaft liberale Männer werden zu ihrer Linken stehen und sie alle werden rufen: Es lebe das soziale Kaiserthum! Dann wird die Krone und die Waffe ihren Bund machen und Deutschland geht seinen größten Tagen entgegen. Dann wird der Halberg aus- sehen wie jetzt Schloß Johannisberg, auf dem Weiterlich ist, ein Denkmal des vergangenen Dunkels, und um den alten Bau Schütters, um das königliche Schloß herum, wird nicht nur Paradenmarsch sein, sondern frohes, zukunfts- sicheres Volksgewimmel. Es wird dann nicht nötig sein, daß Forscher durch die Menge schleichen, um Worte zu fangen, die den Kaiser so wenig kränken, wie es die Sonne stört, wenn alle Mäher knarren. Wo dann die deutsche Arbeit steht, wo deutscher Fleiß den Hochofen schürt, wo deutsche Hand die Spindel dreht, wo deutsches Handwerk tapfer schafft, wo deutsche Knechte Furchen ziehen, wo deutsche Töchter Garben binden, überall wird es dann ohne Zwang klingen: Heil Kaiser Dir! Und ferne Küsten werden mit einstimmen in den Ruf der Heimat: Kaiser und Volk!

Und wann können wir einen sozialen Kaiser haben? Wenn einmal Hamburg, Berlin, Leipzig und andere Hauptstädte nationale Sozialisten nach Berlin senden. Pfarrer Naumann befürchtet, daß selbst seine Freunde annehmen würden, er sch w ä r m e und t r ä u m e. Ihr müßt recht haben (entgegnet Naumann den Zweiflern), aber wohin sollten wir kommen, wenn die Menschen nicht solche Träume haben dürften? Ohne ähnliche Träume hätten wir einst kein deutsches Reich bekommen und ein solcher Traum ist doch keine reine Utopie wie die Silber vom ewigen Glück der ganzen Menschheit. Großes müssen wir in unseren Seelen haben, wenn wir etwas leisten wollen. Deshalb getrost und froh in die Zukunft hinein: der soziale Kaiser muß kommen!

Wir unsererits wollen Pfarrer Naumann den süßen Traum nicht zerstören. Bis derselbe sich erfüllt, verstreicht eine geraume Zeit — wenn Hamburg, Berlin und andere Großstädte aufgehört haben, sozialistisch zu wählen, dann ist der Traum erfüllt — dann kommt der soziale Kaiser. Also möge Naumann auf diesen Zeitpunkt warten; hoffentlich besitzt er die nötige Ruhe, hoffentlich reißt ihm der Geduldsfaden nicht ab. Inzwischen schreitet die Sozial- demokratie munter und rüstig fort, nicht nur den Sozial- lismus, sondern auch die Demokratie mit allem Eifer erstrebend.

Aus den Gerichtssälen.

§ **Magdeburg.** (Schwurgericht) Der schon viel- mals wegen Diebstahls, Urkundenfälschung und Betrugs mit Gefängnis und Zuchthaus bestrafte Schlosser **Nito Hartmann** aus Arfhan, geboren am 16. No- vember 1866, verübt gegenwärtig 5 Jahre Zuchthaus und hat sich heute wegen Straßentrab zu verantworten. Die Verteidigung führt der Justizrat **Glatt**. Am 19. Sep- tember 1896 traf er in Gemeinschaft mit einem bisher nicht ermittelten Genossen auf dem Wege zwischen Breiten- hagen und Altm mit dem Schmied **Johes Baluch** zusammen. Sie verabredeten, ihn zu betausen. Hartmann schlug ihn von hinten ins Gesicht und hielt ihm, als er hinfiel, die Hände auf dem Rücken zusammen, während der Begleiter ihm das Portemonnaie mit 13 Mark Inhalt aus der Tasche, sowie ein Bündel mit Kleidungsstücken wegnahm. Den Raub teilten sie dem. Der Angeklagte widerrief heute sein früheres gerichtliches Geständnis und behauptete, er sei am fraglichen Tage gar nicht am Thorte gewesen. Hierüber benannte er Zeugen, deren Ladung

beschlossen wurde. Die Verhandlung wurde daher verto- — In nicht öffentlicher Sitzung wurde der Arbeiter **Aug. Hädiger** aus Köthensee, geboren 1872, wegen Sitt- lichkeitsverbrechens zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt.

§ **Magdeburg.** (Gewerbegericht.) Der **Töpfer- geurec H.** verlangt von dem Töpfermeister **Guyot** v. Juli 1895 einen Restlohn von 10 Mk., und vom v- gangenen Jahre einen solchen von 5 Mk., zusammen 15 Mk. Parteien vergleichen sich auf 3 Mk., die Beklagter zahlen hat. — Der **Malergeselle B.** verlangt von dem **Malermester Schäffer** einen Restlohn von 44.20 Mk., welcher Zahlung Beklagter verurteilt wird. — **Z. Fleischergeselle Bl.** beanprucht von dem **Restaurateur Wegener** 26 Mk. Restlohn. Kläger ist von Beklagter geschlagen worden und hat daraufhin die Arbeit verlass. Parteien vergleichen sich auf 26 Mk., außerdem trägt Beklagter die Kosten. — Der **Kellner G.** verlangt von dem **Restaurateur Schulz**, weil er von diesem ohne Rün- gung entlassen ist, Bohn, Kost und Trinkgelder in Höhe von 53 Mk. für 14 Tage. Kläger hatte Hunger u- nahm sich beim Souper etwas Butter, Pumpernickel u- Käse. Dies bekam der Beklagte zu sehen und wur- Kläger deshalb entlassen. Kläger wird mit der- hohen Klage abgewiesen. Das **Gewerbegericht** no- an, daß dieser Angriff auf das Eigentum zurückgewie- werden müsse, da grade im Kellnerstande dieses so e- gebürgert sei, daß selbst die Gäste manchmal mit zu leid- haben.

Auch ein Edelster und Bester. Der verkommene Spröß eines altadeligen Geschlechts, der jetzige **Arbeiter- Edwin Liltenhof** von Adelsheim, wurde Dienstag d- zweiten Strafkammer des Landgerichts I Berlin aus d- Untersuchungshaft vorgeführt. Der Angeklagte, dem m- die früheren besseren Tage nicht mehr anfliegt, ist derei- D- fizier gewesen. Er beging eine strafbare Handlung, d- seine Degradierung zum Gemeinen zur Folge hatte. Wied- brachte er es bis zum Range eines Feldwebels, als- sich eines schweren Subordinationsvergehens schuldig mach- Jetzt erhielt seinen Abschied. Mit seinen Angehörigen ze- fallen, sank der Angeklagte immer tiefer, er wurde weg- Bettelns und Sittlichkeitsverbrechens bestraft. Zule- arbeitete er bei einem Grünkranhändler. Hier hatte- wiederum ein Sittlichkeitsverbrechen begangen, wegen dess- er sich gestern zu verantworten hatte. Die Verhandlung- welche unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand, end- mit der Verurteilung des Angeklagten zu einem Jal- Gefängnis.

Vermischtes.

Für das Wort **Streifbrecher**, welches ein Buchbinder in Altona einem Auch-Kollegen während des Streiks z- gerufen, erkannte das Schöffengericht auf 20 Mark Gel- strafe wegen Beleidigung. Aus demselben Grunde h- eine flehzhnjährige Arbeiterin in Regau 25 Mark zu- zahlen.

Das **Gesuch der Berliner Bäcker-Znang**, die Ver- kaufzeit der Bäckereien an Sonn- und Festtagen b- 5 Uhr nachmittags gestatten zu wollen, ist im Auftrage- des Ministers vom Polizei-Präsidenten abschläglic- b- schieden worden.

Kein Schulunterricht. In Mößern, einem zu Tel- gehörigen Weiler im Oserinthal, ist seit Weihnachten kei- Schulunterricht mehr. Der dortige Aushilfslehrer ist z- den Feiertagen mit seiner Frau verreist, man weiß nich- wohin, und ist nicht mehr zurückgekehrt. Er wird jedes- falls auch gar nicht mehr zurückkommen. Der Posten i- eben nichts weniger als verlockend. Das Jahresgehal- beläuft sich auf sage 100 fl. d. W., das geht für de-

Feuilleton.

145) **Der Jude.** (Fortsetzung.)

Deutsches Sittengemälde aus der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts von C. Spindler

„Ach, wohin in diesem tobenden Sturme?“ fragte die Götter, da vor der Thüre der stehende Jüngling die züchten ihres schönen Haares durcheinander peitschte. „Ach werde, hüßest Du mich hinaus in das Strauß des Wetters.“

„Komme“, erwiderte Judith. „Komme zur Scheuer! Unter den wilden Kriegsknechten bist Du sicherer, denn unter uns. O, diese Nacht ist noch nicht vorüber, sagt mir ein junger Geist. Komme, daß ich Deine Absicht nicht aus dem Neße des Betrübenden.“

Am Brunnen und dem weißen Gärten darüber, vorbei am Moore, das selbst unter dem Klagen des Windes und des Regens still und bleiern zu liegen schien, Aufstagen von traurig über dem Meer, leitete Judith die Jüden zu der Scheuer. In dem Saal. Hier stampten die Füße, und da Judith die breite Thür öffnete, schen- die Eintretenden zwei Männer bei einer verfallenen Sche- fende, und wachend sein Schimmer einer dem Betübenden nahe Scheuer. Die Männer saßen bei dem Geruch auf und nach den Wänden, aber mächtiger denn das Licht war Hübers flimmernder Blut. Denn vor jedem Scheuer stand des einen Mannes Scheuer zu Erde, ein schweißiges Schloß stante über sein verflüchtigt Ansteh- und mit dem Saale. „Götter! gehöte Götter! wo kommst Du her bei dieser Nacht?“ hüßte er den aufstehenden Redner aus dem Hals. Die Entschlossenheit, die sich in Dagoberts Worten, an seiner Brust hüßte, bedeutete nicht dem, seiner plötzlich, allen Helsen zum Zug, herum- brechen Sie zu widerstehen, und überließ sich mit Freude und erregtem Beizunne seinen Schützlingen.

Säubernd hundert und wieder hundert Jungen den Hof und seinen Wände lagten, und keine benanntet wurde, und doch eine jede auf Anwesen kam, und sich selbst dem die Scheuer und sich bald betreten auf der Scheuer, bald auf den Saal. Die Scheuer, ohne vielmehr zu begreifen, regungslos

„Verbleibe die Welt!“ rief sie endlich, zwischen Dagobert und Götter tretend. „In es an der Zeit, im Nachen des Todes sündliche Flammen zu schüren? Wann! Seid Ihr ein Christ? und warum eine ungläubige Jüdin? Weib, willst Du also das Bad der Taufe verdienen? Fliehet, rittet Euch. Hier ist Eures Bleibens nicht. Mörder sind aus die Wege. Fort, ohne Schlingen, denn ich weiß . . . ich weiß . . . die Zeit, die ich fürchte, ist da.“

Dane weiter ein Wort zu verlieren, eilte Judith davon, um zu den Eltern wiederzukehren. Aber am Saale hielt sie ihre Schritte an und lauichte schon nach dem schmerzenden Köhnen, auf welchem die Tropfen des langsame fallenden Regens knisterten, und aus dessen Grunde Schatten zu nichte rieten, mit glühenden Augen und verzerrten Gesichtern. Hier an dem Ufer warf sich die Dürre auf die Erde und breitete ihre Hände aus über das stille Meer, und sprach wie eine beschwörende Hy- man: „Unschuldig Scheuerbeut auf dem Grunde und im Schilf! Jüden nicht mehr der Seele meines Vaters, denn sie verläßt den Saal gerade jetzt mit Angst und Seufzen. Zwei Augen haben sich geschlossen, die den Herrn nimmer er- leucht haben. Begrüß den Boden, die noch offen stehen, um des Erbieds willen, und reiß fürder im Frieden. Und Du, barmherziger Gott, erlösbige die, die mich jagten, und sollten ihre Sünden alle auf mein Haupt fallen; laß aber auch die schmerzende Unschuld nicht verderben, denn es in Deinem Reichthum ist, und schon dann mein Herz nicht.“

Ihrer aufgeregten Einbildungskraft war es ja, als ob aus dem bleichfarbenen Saale eine weiße Hand sich herausstreckte, lang und bogen, die Hüfte zu fassen, wie zum Saale ihres Geschickes, und sie sich nicht entließ von der unheimlichen Seite. Zudem sie mit Befriedigung dem Hauptlage der Erde lauichte, die aus der Scheuer hervorkam und sich jenseits der Wände hin verlor, — indem sie Gott dankte, daß er die fremde Jungfrau in seiner Saale genommen, — hante der Regen auf, und die jenseits der Wände lagten dem schweißigen Saal hinieder. Es lauichte grüßlich für Judith, denn sie erlöste den Scheuer eines Mannes durch das Dunkel nach der Hüte eilen und dem verflüchtigen. Der Gedanke: Wenn Judith nicht im . . . wenn der Jude jenseits Schatten wäre, hüßte sie ein scharfes Schmetz in d- Saale, und die Ge-

innerung an seine entsetzliche Verheißung schlich frösteln durch ihre Adern.

„Wenn er wirklich zurückgekehrt wäre aus dem g- logenen Tode!“ murmelte sie zwischen den Säulen und sah vor sich hin in das Dunkel. „O, welche ein Ent- würde das Elend nehmen? Aber nur auf Gott vertrau- Er kann binden, er kann lösen!“

Noch eine Weile horchte sie, dann drang ein entset- liches Geschrei aus der Hüte.

„Herrgott! die Mutter!“ stotterte die heftig Zusammen- fahrende: „Weh mir! Der blutige Mann bringt sie um. Und fort wollte sie, um dem Mörder die eigene Brust z- bieten, statt des eigenen Mutterherzens. Aber ihre Fü- konnten nicht von der Stelle. Niezenkräftig strebte si- vorwärts, aber wie angewurzelt hielt sie der Boden. J- erbärmlichste Angst arbeitete ihr Busen; der Mund versuchte zu schreien, doch seine Stimme war erloschen! alle Stun- und Kräfte schienen allmählich von ihr zu entweichen, nu- das Ohr blieb in grausamem Gehorsam, denn sie muf- hören, wie nach und nach das Geschrei zum Gejamme- die Klage zum Gewimmer wurde, wild unterbrochen vo- Jodas fluchender Volkstimme. Und schwächer wurde das Geschöhne, und endlich gelang es der gefolterte- Tochter, sich zu ermannen und loszureißen von dem Platz- des Entsetzens. Allein, nicht hinweg von dem Orte de- Schredens, — hin drängte sie der schwarze Geist de- Augenblicks. Sehen — sehen wollte sie, und dem Wätrici- ins Auge schauen. Wie eine wutensumme Böwih d- Jüde bald in bleiche Angst, bald in roten Zorn getauch- hüßte sie in die Hüte und versahm in der Stube da- Reden der Mutterstimme, die Verwünschungen des U- holden, der Thüren zu sprengen, Rissen und Sa-ten z- zertrümmern im Begrif zu sein schien. Welch ein Anblit- da Judith in das Gemach drang? Umgestürzt die Noth- wand und blutend darauf ausgestreckt die Wirtin de- Hauses . . . das Messer in der Brust. Des Vaters starr- Reichram halb aus dem Lager geschleudert, in welchem d- gierenden Hände des Räubers gewühlt hatten. Schram- und Tränen erbrochen, der Raub von manchem Jahr- hervorgeretzt aus Sicht der Herdes flammte, und zerstre- auf dem Boden liegend. Und mitten in dem Grün- dieser Umgebung der schändliche Jodas selbst stehend, durd- küßt von Regensfluten und Blut, plündernd und wählend

Tag 27¹. Kreuzer. Kein Wunder, daß der Lehrer vor Hunger davongelaufen ist.

Verletzung der Wehrpflicht. Durch Beschluß der Strafkammer des kaiserl. Landgerichts in Zabern i. Elß, vom 24. Dezember 1896, wurde das im Deutschen Reichsbesitzliche Vermögen von 273, der Verletzung der Wehrpflicht angeklagten Personen mit Beschlag belegt.

Zur Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen.

Die Buchbinder beschloßen in einer stark besuchten Versammlung, die Sperre über alle Werkstätten in Berlin aufzuheben. Die Zugeständnisse, welche ihnen die Arbeitgeber anlässlich des letzten Streiks machten, werden von ihnen schon jetzt nicht mehr inne gehalten.

Aus den Streifgebieten.

Weißenfels.

Die Unternehmer beharren auf ihrem halsstarrigen Standpunkt. Unter Einrechnung der Familienangehörigen befreit der Leipziger General-Anzeiger die Zahl der vom Streik betroffenen Personen auf insgesamt zehntausend Personen. In Hamburg, der Welt- und Hafenstadt, die nach Hunderttausenden zählt, haben die 17000 ausländischen Hafenarbeiter wohl auch Einfluß genug ausgeübt auf die ganzen Verhältnisse, aber was 10000 brotlose Menschen in einer Stadt von 26000 Einwohnern wie Weißenfels bedeuten, das werden erst die nächsten Wochen im vollen Umfange erkennen lassen.

Hamburg.

Der bekannt gegebene Beschluß der Streikenden wurde den Arbeitgebern überreicht; die Antwort wird heute erwartet. Der Hoffnung eines weiteren Entgegenkommens wurde in den Montag Abend abgehaltenen Volksversammlungen mehrfach Ausdruck gegeben. Es wurde eine Resolution angenommen, in der den Streikenden die Sympathie der Versammlung ausgesprochen und der bestimmten Erwartung Ausdruck gegeben wurde, daß die Arbeitgeber alles aufbieten werden, die schwebenden Verhandlungen zu fördern und einen beide Teile ehrenden Frieden herbeizuführen.

verwerfend, und Gotteslästerungen und gräßliche Flüche aus dem giftigen Munde sprudelnd. Das schauerhafte Bild entlockte der eintretenden Judith einen lauten Schrei. Die endende Mutter hörte ihn noch, faltete bittend die Hände gegen die Tochter und verschied.

Aber auch dem Mordbuben war die Gegenwart der verhassten Judith nicht entgangen. Sein gräßliches Auge bligte ihr Verderben entgegen, sein schäumender Mund stammelte: 'Verflucht seist Du, häßliche Brut!' und während die Kinde den Saß sinken ließ, in welchem er das kostbare von Martens Habe geworfen hatte, um es fortzuschleppen, suchte die wutzitternde Rechte das Messer an der Hüfte. Judith verstand die unglückschwangere Bewegung und kam ihr zuvor, denn das Eisen, das her von Raub und Mord zerstreute Hube am Gürtel wählte, riß sie aus der Brust der Hingeschlachteten und zuckte es schreiend gegen Jodid selbst.

Der „nächste Krieg“.

Auf den „nächsten Krieg“ rüft sich ganz Europa. Wann er kommen wird — niemand weiß es. Daß er kommen wird, diesen Glauben aufrecht zu erhalten, ist das Interesse aller, die sich einen Zustand nicht vorstellen wollen, in dem die Völker erkannt haben, daß schon der „bewaffnete Friede“ wohlstandvernichtend wirkt.

Doch hören wir über diesen Punkt die gewichtige Stimme eines Fachmannes. Der bayrische Generalarzt I. Klasse, z. D., Dr. Julius Port, der den Krieg mit den Massenanschlägen aus eigener Anschauung kennt, hat bei Ende in Stuttgart eine Broschüre erscheinen lassen, „Den Kriegsverwundeten ihr Recht“. In dieser Broschüre schildert er den heimlichen Einbruch, den er im Jahre 1870 auf dem Schlachtfelde von Wörth empfangen hat, wo die Artos beim Zurückweichen Leichenwälder zu ihrem Schutze schwarzen. Dann schreibt der Generalarzt wörtlich:

Arbeitgeber-Verband, wenn diese Beratungen noch verzögert werden. Hat man den Beschluß über den Vorschlag der Arbeiter vielleicht absichtlich noch nicht gefaßt, um den Zahltag für die Streikunterstützung abzuwarten, wie das allseitig behauptet wird, so hat man sich in seinen Erwartungen getäuscht, denn die Unterstützung ist an alle Umständen nicht nur in der bisherigen Höhe ausgezahlt worden, es sind sogar bis Dienstag weitere 16000 Mark Unterstützungsgelder eingegangen. — Inzwischen steht alles auf dem alten Fuße. Die Schiffsahrt ist durch die jetzt aufgelaufenen Dampfer sehr erschwert, insbesondere durch den in der Nähe des Bracks „Alhabaca“ gesunkenen Dampfer „Abama“.

Quittung.

Zur Unterstützung der Hafenarbeiter und deren Familien gingen ein: 3 Arbeiterinnen, Seifenfabrik, Sudenburg, 1,00. — Durch H. L., Sudenburg, 4,00. — Gemüthliche Geburtstagsfeier des Turnklubs „Frohstimm“, Sudenburg, 5,00. — 5 lustige Brüder bei Königstede 6,50. — Turnklub „Frohstimm“, Sudenburg, 10,00. — Postillon 0,20. — 2 Zuckerföcher 1,50. — Walzer bei Königstede 4,25. — 3 Zimmerer, Sudenburg, 2,00. — Für 2 Spiele nichtverbrannte Karten 1,50. — Von der Werkstatt Nr. 26, Sudenburg, 2,50. — Wilh. Stein 0,25. — Konsum-Weißbäckerei 17,75. — Verband der Bergolder und Berufsgenossen, Filiale Burg, 3. Rate, 15,00. — Verein Schmorra 0,50. — Ausgelegtes Geld, Obenstedt, 0,40. — Von zwei Unorganisierten, die sich zur Pflicht gemacht haben, wöchentlich je 50 Pfg. beizutragen, 1,00. — Am Bierisch G. F. 2,00. — Eine Frau, die kein Frühstück gegessen hat, 1,00. — A. S., Salbe, 0,50. — Organisierte Stuckaturer, 2. Rate, 6,10. — Von der Probe bei der Wasserfamme d. S. U. G. B. 2,01. — Bergessen 0,15. — Central-Verband der Maurer, Zahlstelle Hohenbodeleben, 2. Rate, 30,00. — Mehrere Hohenbodeleben 5,80. — Naturheilverein Alte Neustadt 20,00. — Schmidt, Alte Neustadt, 2,50. — Frau F., 0,20. — Ein Schuster, Auenstr. 0,50. — Holzarbeiter Magdeburgs, 2. Rate, 10,25. — H. S. 0,50. — Organisierte Steinmetzen, Platz Hofmeister, 2,40. — Vom Bierverleger R. 0,50. — Platz Döbel 1,20. — Reichswürstchen 2,00. — Von den Arbeitern der Steinzeugfabrik Gebr. Hübbe in Neuhaldensleben 26,32. — Lustige Kartenspieler und zwei Genossen in Neuhaldensleben 4,50. — Note Kindtaufe in Neuhaldensleben 1,50. — Frz. Buchwald, Kenning-Bäcker 1,00. — Gemüthlicher Streikklub, Hofseese, 4,30. — Die Kunden vom Schmuckpalast 5,51. — 3 arbeitslose Steinmetzen im Wohlstande in der Petersstraße 6,00. — Die Expedition.

Zur Unterstützung der Hafenarbeiter und deren Familien gingen ein: Novaverke, 5. Rate, 15,25. — 501 St. 15,55. — 522 Bau Sosa 11,85. — Federarbeiter Neue Neustadt 15,20. — Schmiede, Kesselschmiede und Arbeiter von Garrett Smith & Co., Steinbamm, 31,25. — Nr. 443 Sudenburger Frauen 30,55. — 416 H. S., 3. Rate 42,65. — Nr. 448 54,36. — 549 Frauen der Sudenburg 25,30. — Fahrradbau Hünze & Paasch 5,25. — Dreherei, Maschinenbau und Schmiede 15,10. — Drei Lehrlinge daselbst 0,75. — Veteran 1,00. — Eisengießerei D. G. 36,00. — Umgepfropfter Gärtner, 6. Rate, 22,00. — Einer aus der Südstraße 0,50. — 508 Böttcher 14,25. — 350 Stephan Glade 4,00. — 423 H. 4,62. — 502 Genossen Budau, S. G. B. G. 12,40. — 428 Schneidemühle 12,20. — 425 H. 9,65. — 464 10,35 (darunter 4,00 von den Wagenbauern bei Wolfstämpf). — Ein Mitglied des Männer-Turnvereins Fernerleben 1,00. — 382 Eisengießerei durch H. S. 10. — Ein Langhäriger und ein Kahlkopf 1,60. — Geburtstag am Sonnabend 1,50. — Gef. bei Beilge, blaues Auge, 2,60. — 3 Genossen bei Beilge 1,25. — Mehlmüller S. G. 0,35. — Gesangsverein Einigkeit, Budau, 15,00. — Lustige Gesellschaft bei F. W., Budau, 3,00. — Hebermünden durch H. 2,00. — Nr. 411 8,52. — 438 12,75. — 625 20,00. — Von 23 fünf S. B. 2,50. — Organisierte Holzarbeiter Budaus 25,00. — Geburtstagsbier G. E. 1,21. — Stat. G. B. 0,50. — Besser als ein Hoch 1,00. — Verunglückte Geburtstagsfeier U. G. 0,60. — Albert Vater, Vertrauensmann.

An den Partei-Ausschuß gingen ein für die Hamburger Streikenden: Hünze 1,00. — Schubert 1,00. — Wittkau 1,00. — Beckmann 1,00. — Böhm 1,00. — C. Wolf 1,00. — Pignor 1,00. — B. Weigel 1,00. — Steth 0,20. — Steef 0,50. — Zurüd gezahlt 0,50. — E. Thönn 0,20. — M. M. 0,30. — Zerner 0,30. — Frau Riche 0,50. — Marggraf 0,20. — Kraft 0,20. — Gerenberg 0,10. — Barthel 0,20. — Scheel sen. 0,40. — Scheel jun. 0,50. — Schmidt 0,50. — Hennig 0,20. — Ganser 0,25. — Bod 0,25. — C. B. Stendel 0,50. — Zwei lustige Schmiede 0,72. — In Summa: 14,42. H. Schubert, Stendal.

Tages-Chronik.

Magdeburg, den 20. Januar 1897.

Kritiklos giebt die Magdeburgische Zeitung folgendes ihr aus Hamburg zugegangene Telegramm wieder: „In fünf stark besuchten Volksversammlungen wurde die Streiklage besprochen. Bei Sögebiel, wo in beiden großen Sälen sechs- bis achttausend Personen versammelt waren, erstattete Hannrich Bericht und befrucht, daß die Sozialdemokratie zum Streik geheßt habe. Nachdem der Streik ausgebrochen sei, habe die Sozialdemokratie die Ausständigen nur materiell und durch Rathschläge unterstützt. Schließlich wurde eine Resolution angenommen, durch die den Ausständigen Sympathie ausgedrückt und die bestimmte Erwartung ausgesprochen wird, daß die Arbeitgeber alles aufbieten werden, um die schwebenden Verhandlungen zu fördern und einen beide Teile ehrenden Frieden herbeizuführen. Sollte wieder Erwarten die Unternehmerschaft den Frieden wieder ablehnen, so sei diese allein verantwortlich; den Streikenden wird noch energische Hilfe zugesichert. Die Maßnahmen der Staatsbehörden und der Polizei werden stark bemängelt und als Eingriffe in die persönliche Freiheit und die Rechte weiter Volkstheile bezeichnet. Schließlich werden die Behörden aufgefordert, volle Neutralität zu beobachten.“

Aus der Versicherungsanstalt Sachsen-Anhalt. Millionen auf Millionen häufen die Alters- und Invalidenversicherungen an, während mancher alte Arbeiter, der die 70 Jahre schon überschritten hat, vom Rentenbezug ausgeschlossen bleibt, weil ihm noch einige Markten fehlen oder weil er nicht den Nachweis erbringen kann, daß er während der drei Jahre vor Inkrafttreten des Gesetzes (1. Januar 1891) 141 Wochen lang in einem versicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis gestanden hat. So hat die Versicherungsanstalt Sachsen-Anhalt Ende 1895 nolle 25 Millionen Mark in Wertpapieren und Hypotheken angelegt gehabt. Ganze 10500 Mark wurden zu Arbeiterwohlfahrtszwecken verwendet. Wenn es so weiter geht, sammelt die Versicherungsanstalten ein ganz ungeheures Vermögen an, das allerdings in weit höherem Maße als bisher Zwecken dienlich gemacht werden könnte, die unmittelbar im Interesse der Arbeiter lägen.

Eine ernste Warnung erläßt der Vorstand der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt Berlin. Es ist zu jenem Kenntnis gelangt, daß Arbeitgeber aus Quittungskarten losgelöste Beitragsmarken antauchen und diese bereits einmal verwendet gemessenen Marken in Erfüllung ihrer gesetzlichen Verpflichtung zur Beitragsleistung in die Quittungskarten ihres Personals einkleben. Der Vorstand macht auf die ersten strafrechtlichen Folgen eines solchen Verfahrens aufmerksam.

Politik in der Begräbniskasse. In allen Vereinen und Vereinen wird zur Zeit lebhaft für die Feier der Enthüllung des Kaiserdenkmals agitiert: der Anstoß hierzu ging von bekannten Personen aus. Welche Anstrengungen hierbei gemacht werden, lassen sich heute noch nicht erzählen, wir müssen die Schilderung auf einen späteren Zeitpunkt verschieben. Für heute nur so einen kleinen Beleg von dem Eifer und Treiben gewisser Leute. Hierorts bezieht für Zimmerer eine Begräbniskasse. Dieselbe hatte jüngst ihre Quartalsversammlung. Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten wurden von dem Vorsitzenden, Zimmermeister Hermann, Obenstedt, die Kaiserfeierlichkeiten in Magdeburg angesprochen. Unter Hervorhebung der Verdienste dessen, dem ein Denkmal errichtet werden soll, beantragte er die Beteiligung an den Feierlichkeiten seitens der Zimmerleute. Es wurde hervorgehoben, daß bereits die Maurer- und Steinmetzen-Zinnung ihre Mitwirkung ausgesprochen habe und da es nöthig sei, daß die Zimmerer sich der Feier anschließten; verfügte doch die Begräbniskasse über drei Jahnen. Diese im Winde vor dem Denkmal flattern zu sehen, mügte jedes Zimmerers Herz um einige Zoll schwerer machen. Den Zimmerern, die stets bemüht gewesen, die Politik aus der Krankenkasse fernzuhalten, waren ganz perplex, denn auf die Tagesordnung war die Besprechung dieser Angelegenheit nicht gesetzt. Trotzdem schritt der Vorsitzende zur Abstimmung über seinen Antrag. Von 30 Zimmerern stimmten 16

ausgeickte Folge der gegenwärtigen Bewaffnung zu sein, welche Dedungen jeder Art nicht wie jemals gebieterisch fordert. Hat man doch schon daran gedacht, die Schilde wieder einzuführen, freilich nicht solche aus Holz oder Leder, sondern aus schwer durchdringbaren Aluminiumlegierungen. Die Schilde hätten jedenfalls der ästhetischen Vorzug, daß die Soldaten in menschlicher Körperhaltung stolz und aufrecht wie die alten Krieger kämpfen könnten. Bis die Schildfrage gelöst ist, bleibt nichts übrig, als die Schichten nach Vierfüßler Art zu schlagen, fadenartig auf dem Boden fortzuziehen, mantelförmig sich in den Boden einzumüllen. Der Spaten ist neben dem Gewehr der unentbehrlichste Ausrüstungsgegenstand geworden. Manche Völker haben sich schon früher auf diese Maulwurfsarbeiten sehr gut verstanden, jetzt müssen auch wir uns dem Zwange fügen. Wo es nur immer notwendig ist, werden unsere Soldaten sich künftighin der Schützengräben bedienen. Der Schützengraben führt aber seit mit Notwendigkeit zum Feindeswall. Man denke sich eine Verteidigungsstellung mit richtig ausgehobenen Schützengräben, die in der Erde nicht mit rüchwartigen Verbindungsgängen versehen werden konnten, so daß die Verbindungen, die nach und nach zu der ersten Besetzung der Schützengräben herangezogen werden müssen, ein ungedecktes, dabei aber von Kugeln sehr bedrohliches Gelände zu überschreiten haben. Sie werden das im wildesten Laufe thun und blindlings in die Schützengräben hineinmarschieren, wobei für die Geunden und Verwundeten, die im Graben liegen, zahlreiche Fußtritte von derber Art abfallen werden. Sobald sich im Schützengraben die Leichen in störender Weise angehäuft haben, müssen sie rotodungen hinausgeworfen werden. Nach rückwärts kann dies nicht geschehen, weil dadurch das Nachrücken der Reerve erschwert würde, es geschieht also nach vorwärts wobei sich von selbst der Vortheil der Verthierung der Brustwehr ergibt. Wenn bei dieser Gelegenheit ein noch lebender mit hinauszieht, so ist das eigentlich ein Glück für denselben, denn auf der Brustwehr erhält er vom Feinde bald die Gnadensugel, während er im Graben wahrscheinlich weniger schnell getroffen wird. Das ist so ungefähr das Bild des Krieges der Zukunft, wie es sich wohl nicht immer, aber sehr häufig gestalten wird. Wir sind damit auf der tiefsten Stufe der Hebert angekommen: ein noch tieferes Herabstufen ist vor der Hand wenigstens nicht denkbar. Wenn das die letzten Früchte der Civilisation sind, so war es nicht der Mühe wert, den Naturzustand zu verlassen: denn im Vergleich zu dieser Kulturlosigkeit war die natürliche Hebet eine paradiesische Uraldub. Wenn man die reigenden Fortschritte überblickt, welche die Verwilderung der Gemüther in dreien Volksschichten macht, und daneben zu allem Ueberdruß auch noch diese Verwilderung der Kriegführung sehen muß, so hat man wohl Ursache, besorgt der Zukunft entgegenzugehen.

Dr. Port mit denen aus, die mit dem Feinde auf dem Schlachtfelde zu thun haben!

Und die Dahingeblienen? Nun, wenn man bedenkt, daß im „nächsten Kriege“ jeder europäische Großstaat zirka vier Millionen Streiter im besten Mannesalter auf die Beine bringen wird, so ergibt sich von selbst, daß die Zurückbleibenden, der arbeitssamsten und leistungsfähigsten Hände beraubt, dem Hunger ausgeliefert werden müssen. Ein anderer Fachmann, der französische Kontradmiral Reveillere, sagt in seinem 1894 erschienenen Buche „Die Eroberung des Weltmeeres“: Die schrecklichste Seite des „nächsten Krieges“ sei vielleicht weniger das blutige Drama des Schlachtfeldes (trotzdem, was den Kämpfern nach der Schilderung Forts bevorzuzel), als der Stillstand des Volksebens. Jedermann sei an der Grenze; jeder verzehrt, keiner arbeitet; es ist allgemeiner Ausstand. Stille herrscht auf den Feldern und in den Fabriken und Werkstätten, die nicht einen Tag ausbleiben können, ohne die Tausenden das Brot zu entziehen. Der Krieg ist ebenio ein wirtschaftlicher wie ein kriegerischer Kampf. In einem deutsch-französischen Kriege, an dem auch Rußland teilnimmt, wird das Volk siegen, das am geduldigsten ist. Das am geduldigsten ist, am längsten hungern kann! Was aber den Dahingeblienen bevorzuzel — ganz gleich, ob den dahingeblienen Deutschen, Franzosen oder Russen — daselbe heißt den in den Feilsatz Gezogenen, die nicht der mörderischen Wirkung der aerodynamischen Waffen unterliegen, nicht erspart bleiben. Es ist nicht in Laienkreisen, sondern in militärischen Kreisen schon mehr als einmal die Befürchtung ausgesprochen worden, daß die Verpflegung von vielen Millionen von Soldaten schlechterdings unmöglich sein wird.

Aus allen diesen Gründen ist die Abwirthschaftung der Epoche des Militarismus näher gerückt. Mehr und mehr werden sich die Völker davon überzeugen, daß das Rückalter, in dem Streitigkeiten der Nationen auf dem Wege internationaler Schiedsgerichte geschlichtet werden müssen, näher ist, als die blinden und gelassenen Anbeter des Militarismus glauben machen wollen, jenes Militarismus, der die Völker schon im Frieden auszehrt und, wie der eingangs erwähnte deutsche Sachverständige hervorhebt, alle Bestrebungen auf Veredelung der Menschheit zu nichte macht.

So der Fachmann, ein deutscher Generalarzt, dem gewis niemand vorwerfen wird, daß er auf zweifelhafte Grundlagen „in Sensation machen“ wolle; denn seine Broschüre ist den edelsten, menschenfreundlichsten, heilsamwünschenden Absichten entsprungen. So sieht es nach dem Urtheil des

Siehe bin ich über die Leichenwälder nicht mehr so beruhigt wie vor 25 Jahren. Ich fürchte jetzt, daß sie in 25 Jahren hinweg auch bei uns Mode werden. Es scheint mir dies eine kaum be-

Die Volksstimme erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Feiertagen.

Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Neue Welt): Friedr. Wahle, Magdeburg. Beilage von B. Garbaum, Magdeburg - Neustadt. Geschäftsst. Schmiedehofstr. 5/6.

Druck von A. Arnoldt, Magdeburg.

Volksstimme

Einzelne Nummern 5 Pf. Sonntags Nummern 10 Pf. Zeitungsbillette Nr. 7242. Insertionsgebühren 15 Pf. Fernspruch-Anschluss Nr. 1567, Amt 1.

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Unterhaltungs-Beilagen: Die Neue Welt (acht Seiten, illustriert) und der Romanbogen. Außerdem: Der Laubbote, Die Frauenpost.

Nr. 17.

Magdeburg, Donnerstag, den 21. Januar 1897.

8. Jahrgang.

Heute liegt bei: Bogen 21 vom Roman „Der Rabob“.

Allelei aus dem preussischen Abgeordnetenhaus.

Aufhebung des Verbots der Verbindung politischer Vereine. — Aenderung des Landtagswahlrechts. — Gegen die Verbindung der Sozialdemokratie. — Prozeß Ledert-Likow. — Die Bäckereiverordnung. — Die Handwerker-Vorlage. — Reform des Reichstagswahlrechts. — Das künftige Vereinsgesetz. — Falsche Preisnotierungen.

Berlin, den 19. Januar 1897.

Im Abgeordnetenhaus begann am Montag die erste Sitzung des Etats. Die Etatsdebatten, die im Reichstage infolge des Eingreifens unserer Genossen meist zu den lebhaftesten Sitzungen gehören, verlaufen im Abgeordnetenhaus gewöhnlich sehr ruhig. Um so mehr überraschte es heute, daß der erste Redner, der Centrumsabgeordnete Dr. Bachem, in seiner Rede zu verschiedenen Fragen Stellung nahm, die in der letzten Zeit die öffentliche Meinung erregt haben und, wenn in geschickter Weise darauf eingegangen wäre, wohl die Debatte auf ein höheres Niveau hätten heben können.

Zunächst richtete Dr. Bachem an die Regierung die Frage, wann sie endlich das im Reichstage abgegebene Versprechen der Aufhebung des Verbots der Verbindung politischer Vereine erfüllen wolle. Mit dem vom Reichskanzler ohne jede Verlautbarung gegebenen Versprechen ständen die neulichen Ausführungen des Ministers des Innern im Widerspruch; seine Partei halte eine reaktionäre Aenderung des Vereinsgesetzes für das schlimmste, was die Regierung thun könne. Ferner regte Bachem eine Aenderung des Landtagswahlrechts an, da das Dreiklassenwahlrecht infolge der Steuerreform seinen plutokratischen Charakter noch deutlicher als bisher offenbare. Von den Fragen, die mit dem Etat in engerer Verbindung stehen, verbreitete sich Redner nur über den Beamtenbesoldungsplan, der die Zustimmung seiner Partei nicht finden könne, da nach oben zu viel, nach unten zu wenig oder gar nichts gegeben sei. So lange im preussischen Staate noch Beamte vorhanden seien, die nicht einmal das Existenzminimum hätten, dürfe man den auskömmlich besoldeten höheren Beamten nichts zuwenden. Eine Antwort auf diese bedeutsame Rede erfolgte vom Ministerische nicht. Der folgende Redner, Graf zu Umburg-Stürum (kons.), berührte ebenfalls die Frage des Vereinsgesetzes und des Wahlrechts. Die Erklärung des Reichskanzlers könne nach der Meinung seiner Freunde den Landtag nicht abhalten, Maßregeln zu ergreifen, um den Verheerungen der Sozialdemokratie entgegenzutreten. Es sei geradezu naiv, zu glauben, daß man sich mit einem bloßen Verbote der Verbindung politischer Vereine begnügen würde. Das Wahlrecht halte auch er für mangelhaft, aber besser als ein Wahlmodus, der solche Verschiebungen der sozialen Machtstellung hervorrufe, wie im Reichstage, sei ihm immer noch das Dreiklassenwahlrecht.

Gegen ein reaktionäres Vereinsgesetz sprach sich schließlich auch Abgeordneter Dr. Sattler aus, worauf die Etatsberatung auf Dienstag vertagt wurde. Am Dienstag sprach aus dem Hause nur zwei Redner, die Abgeordneten Schr. v. Jedlitz (freikon.) und Richter (freis. Volksp.) zur Sache, während im übrigen die Kosten der Debatte von den Regierungsvertretern getragen wurden. Nachdem zunächst bei Beginn der Sitzung Geheimrat Althoff als Vertreter des Kultusministeriums die vorgeschlagene Neuregelung der Professorengehälter zu rechtfertigen gesucht und ev. eine Verstaatlichung der Kollegiengehälter in Aussicht gestellt hatte, ergriff unter allgemeiner Spannung der Ministerpräsident Fürst Hohenlohe das Wort, um sich über den Prozeß Ledert-Likow zu äußern. Was er sagte, war freilich weniger als nichts; er betonte, daß die Beziehungen des Auswärtigen Amtes zur Presse eine Notwendigkeit seien. Einem Urtheil über Herrn v. Lousch enthielt er sich aus Achtung vor den Gerichten und erklärte nur, daß er die Hilfe des Gerichts auch ferner überall da in Anspruch nehmen werde, wo er Verleumdungen und Beleidigungen gegen Beamte in der Presse begegne. Das Vorgehen des Herrn v. Marschall von dem gesamten Staatsministerium gebilligt; überhaupt bestimme in allen politischen Grundanschauungen vollkommene Uebereinstimmung im Ministerium.

Mit dieser Erklärung gab sich der erste Redner aus dem Hause, Schr. v. Jedlitz, zufrieden. Er forderte eine Aufhebung der Bäckerei-Verordnung in dem Sinne, daß die kleinen Bäcker bestehen können, eine halbe Handwerker-Vorlage und eine Reform des Handwählrechts. Daß er es als die Pflicht der Regierung bezeichnete, zugleich mit der Aufhebung des Vereinsgesetzes auch weitere Reformen im Vereinsgesetz vorzunehmen und namentlich alle minderjährigen von jenseit politischer Versammlung auszuschließen und

daß er sich ferner mit dem Besoldungsplan einverstanden erklärte, ist bei der Stellung dieses Herrn und bei seinen Beziehungen zu den Ministern selbstverständlich. Ungleich wichtiger war die Rede des Abg. Richter, der zunächst die augenblickliche Finanzpolitik einer scharfen Kritik unterzog und hierbei treffend Herrn Wiquel als den eigentlichen Eisenbahn-Minister, Herrn Thielen aber nur als den technischen Unterstaatssekretär Herrn Wiquels bezeichnete. Das Treiben der politischen Polizei verurteilte Redner auf das Entschiedenste, indem er das ganze offiziöse System einer Kritik unterzog und eine endliche Reform dieser Zustände verlangte. Im Ministerium herrsche keine Einigkeit, sonst könnten solche Dinge, wie sie der Prozeß Ledert-Likow enthält habe, nicht vorkommen. Auch in Bezug auf die Erfüllung des vom Reichskanzler gegebenen Versprechens betr. das Vereinsgesetz schiene der Minister des Innern anderer Ansicht zu sein, da sich die Erfüllung des Versprechens so sehr verzögere. Würde nicht die Zusage rückhaltlos eingelöst, so würde die ohnehin schon geschwächte Autorität des Ministeriums noch mehr leiden.

Auf diese Rede antworteten nicht weniger als drei Minister. Der Finanzminister Dr. Wiquel beschränkte sich, wie so oft in letzter Zeit, auf persönliche Angriffe gegen Richter, der Handelsminister Bresfeld ließ sich weiterschweifen über die Handhabung des Börsengesetzes aus, während der Minister des Innern, Freiherr v. b. Rede, endlich seine Stellung zum Vereinsgesetz darlegte. Es unterliegt keinem Zweifel, daß wir demnächst in Preußen ein reaktionäres Vereinsgesetz bekommen. Der Minister versprach, daß die Zusage des Reichskanzlers „selbstverständlich“ erfüllt werde; das Verbot der Verbindung politischer Vereine werde aufgehoben, aber man dürfe der Regierung Preußens nicht das Recht bestreiten, die Revision in der ihr genehmen Form vorzunehmen. Welche Form der Regierung genehm ist, weiß jedes Kind.

Zum Schluß versuchte auch der Oberregistrator v. Mendel-Steinfels, der bekanntlich die Behauptung aufgestellt hat, daß an der Berliner und an anderen Börsen falsche Preisnotierungen vorkommen, sich in einer persönlichen Bemerkung zu rechtfertigen, indem er diese Anschuldigung nach bekanntem Muster einfach bestritt und die Preisberichte als entstellt bezeichnete. Es ist doch komisch, daß Herr v. Mendel mit dieser Anrede nicht gleich hervortrat, als die Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft ihn in der Öffentlichkeit bloßgestellt hatten, sondern daß er damals den Beweis für seine Behauptungen zu erbringen versprach, was er allerdings bisher nicht gethan hat. Hierauf trat Bertragung ein.

Parlamentarische Nachrichten.

Berlin, den 19. Januar 1897.

Der Reichstag beschäftigte sich am Dienstag mit dem Etat des Reichsschatzamts. Hierzu lag eine Resolution des Abg. Hammacher vor, worin die Einführung von Landesauskunftsstellen und die Errichtung eines Zollgerichtshofes angeregt wurde. Abg. Venzmann von der freisinnigen Volkspartei machte sich diese Resolution im wesentlichen zu eigen, befürwortete aber in einer besonderen Resolution die Einsetzung einer authentischen Reichsauskunftsstelle und belegte ihre Notwendigkeit mit der Ausführung von Fällen, wo Importeure auf die Ankunft eines untergeordneten Stelle hin Geschäftsabchlässe getroffen und durch Zollnachforderungen Nachteile erlitten hätten. Hierbei verwies er auf die erspriessliche Wirksamkeit derartiger Einrichtungen in anderen Kulturstaaten. Abg. Hammacher erklärte sich im großen und ganzen mit dieser Begründung einverstanden und bezeichnete seine Resolution selbst als einen Nothbehelf. Für die Resolution im Sinne des Abg. Venzmann äußerten sich die Abg. Freiherr v. Heyl (natl.), Beckh (freis. Bp.), Frese (freis. Bg.) und Ulrich (Soz.), der dieselbe durch die Forderung eines internationalen Schiedsgerichts für Zollstreitigkeiten erweiterte. Dagegen stellten sich die Abgeordneten Fischbeck (freis. Bp.), v. Staudy (kons.) und Dr. Lieber auf den Standpunkt des Abg. Hammacher, nachdem der Schatzsekretär erklärt hatte, der Bundesrat habe seinerseits bereits Erwägungen in Aussicht genommen und sei geneigt, wenigstens einer Stelle mit authentischer Auskunftsbeilegung zur Vermeidung von Zollnachforderungen zuzustimmen. Später nahm Abg. Lieber (Centrum) Gelegenheit, das Verbot des Centrums entschieden zurückzuweisen, worauf Graf Posadowsky ein neues Gesetz in Aussicht stellte, mit der Bestimmung, daß die Ueberweisungen die Matricularbeiträge nicht übersteigen dürfen. Mittwoch: Interpellation Sahn und Fortsetzung der Staatsberatung.

156. Sitzung vom 19. Januar, 1 Uhr.

Die 2. Beratung des Etats wird beim Etat des Reichsschatzamts fortgesetzt. Hierzu liegt eine Resolution Hammacher vor auf Errichtung von Zollauskunftsstellen.

Abg. Venzmann (freis. Volksp.) stimmt der Tendenz der Resolution zu, wünscht aber eine Reichsbehörde. Dem Wirtmann und der Konfusion zwischen den Bundesstaaten, ja sogar innerhalb der einzelnen Bundesstaaten, müsse gesteuert werden. Die Notwendigkeit einer Behörde sei bereits bei einer früheren Debatte dargelegt worden. Um sie vollständig zu machen, müsse man aber Reichsbehörden errichten, sonst würden z. B. die preussischen Behörden ganz im Geiste des preussischen Finanzministers urteilen.

Abg. Hammacher (natl.) befürwortet seine Resolution. In Frankreich bestimme eine richterliche Entscheidung, und Handel und Wandel befänden sich wohl dabei.

Abg. Frese (freis. Bg.) erwartet eine Erklärung der Regierung. Staatssekretär Graf Posadowsky: Es haben auf Grund einer früheren Resolution eingehende Erwägungen stattgefunden. Die Regierung habe jene Resolution aus staatsrechtlichen Gründen abgelehnt. Die Frage ist eine sehr verwickelte staatsrechtliche, rechtliche und zolltechnische. Der Handelsstand wolle einseitliche Entscheidungen. Die Differenzierung der Entscheidungen werde sich aber nicht vermeiden lassen. Gewisse Uebelstände könnten nicht geliegt werden. Vielleicht könnte sich der Bundesrat darüber schlüssig machen, daß in jedem Staate die oberste Finanzbehörde oder eine andere autoritative Auskunft erteilen könnte mit rechtlich bindender Kraft für die Zukunft. Daher wäre der erste Teil des Antrages Hammacher ernstlicher Erwägungen wert. Im zweiten Teil des Antrages liegt aber ein Ausschalten des Bundesrates. Das kann ich heute schon dem hohen Hause versichern, daß der Bundesrat sich nochmals eingehend mit der Frage beschäftigen wird, inwieweit berechtigten Wünschen auf diesem Gebiete innerhalb der Verfassung entsprechen werden könnte.

Abg. Beckh (freis. Volksp.) tritt für den Antrag Venzmann ein.

Abg. Ulrich (Soz.) beantragt, im Falle der Ablehnung des Antrages Venzmann die Resolution Hammacher anzunehmen. Redner beantragt ferner: 1. ein internationales Zollgericht anzustreben und 2. in alle Zollverträge dem Passus aufzunehmen, daß eine Regierung ohne Zustimmung der kontrahierenden Regierung eine Ware nicht anders rubricieren dürfe, wie es bei der Klassifikation des Vertrages der Fall gewesen ist. Redner bespricht sodann die Zollbehandlung seiner Ueberwaren in Stuttgart.

Die Resolution Venzmann auf Schaffung einer Reichsauskunftsstelle ist indessen scharflich fixiert worden. Sie lehnt sich in ihrem ersten Teil an die entsprechende Resolution Hammacher an mit dem Unterschiede, daß sie eine Reichsbehörde fordert und einen Reichszollgerichtshof zur Entscheidung von Zollstreitigkeiten will.

Abg. Frese (freis. Bg.) spricht für den Antrag Venzmann. Abg. Hammacher (natl.): Das Bedenken der Ausschaltung des Bundesrates, das der Staatssekretär geltend gemacht hat, ist unzutreffend. Der Bundesrat hat jetzt schon ein gewisses Kontrollrecht gegenüber den Entscheidungen der Einzelstaaten. Grundsätzlich gebe ich dem Antrag Venzmann den Vorzug; ich halte ihn aber nach der gegenwärtigen Lage der Dinge für einen Schlag ins Wasser.

Staatssekretär Graf Posadowsky weist darauf hin, daß der zweite Teil des Antrages Hammacher zu Schwierigkeiten führe, indem dem Bundesrat die Möglichkeit einer obersten Entscheidung belassen bleiben müßte. Das scheint Abg. Hammacher aber nicht zu wollen.

Abg. Fischbeck (freis. Bp.) will für den Antrag Hammacher stimmen.

Abg. v. Staudy (kons.) befürwortet den ersten Teil des Antrages Hammacher.

Abg. Lieber (Centrum) wird mit seinen politischen Freunden für den Antrag Hammacher stimmen, dessen zweiter Teil keine wesentlichen Bedenken erregt. Redner geht sodann auf die Angriffe ein, die im Abgeordnetenhaus gegen die Reichsfinanzpolitik und besonders gegen die Politik des Centrums gerichtet wurden. Er betont den einzelstaatlichen Charakter nicht das Recht zu, über die Politik des Reichstags oder einzelner Parteien im Reichstage zu Gericht zu sitzen.

Staatssekretär Posadowsky: Daß der preussische Finanzminister dem Centrum bezüglich der Fortbildung der Klausula Franzosen einen Vorwurf gemacht haben soll, beruht meiner Ansicht nach auf einem Mißverständnis. Ebenso glaube ich versichern zu können, daß der preussische Finanzminister auf dem Standpunkte steht, daß in der Schuldentilgung fortgeschritten werden muß.

Abg. v. Bennigsen hofft auf eine Verständigung über die Finanzpolitik unter formeller Beibehaltung der Klausula Franzosen (Bravo).

Abg. Umburg-Stürum (konservativ) hofft ebenfalls, daß sich mit der Zeit zwischen den Parteien eine Einigung über die Regelung der Finanzverhältnisse zwischen Reich und Einzelstaaten erzielen lassen werde. Unrichtig sei, daß immer Preußen hierbei vorzuziehen werde. Dies könne sich in schlechten Jahren am ehesten helfen. Gerade die kleinen Staaten müßten gegen Zufälle sichergestellt werden. Es müsse eine feste Norm hergestellt werden zur Regelung der Ueberweisungen und Beiträge im Interesse der Sparbarkeit und im Interesse des förderlichen Charakters des Reiches.

Abg. Gonneccer meint, die Anbahnung der Schuld sei gerade eine Folge der Klausula Franzosen.

An der weiteren Diskussion beteiligten sich noch die Abg. Fischer (Centr.) und Lieber (Centr.). Eingegangen ist die Interpellation Sahn wegen der Fischereidampfer. Weiterberatung morgen 1 Uhr. Interpellation Sahn. Rest der heutigen Tagesordnung. Schluß 5 1/2 Uhr.

Politische und volkswirtschaftliche Uebersicht.

Wegen Majestätsbeleidigung wurde die Arbeiterfrau Johanne Grundmann zu Sudenburg mit einem Monat Gefängnis bestraft.

Wegen Veranlassung zum Zweikampfe wurden heute der Generalsekretär des Verbandes deutscher Metallindustrie, Dr. jur. Max Bosberg-Restow und der Regierungsdirektor Lieutenant a. R. Bruno Arnold von der ersten Strafkammer am Landgericht II zu zwei resp. einer Woche Festungshaft verurteilt.

Die Einstellung des Zwangsmaßnahmeverfahrens gegen die Frankfurter Zeitung und die Entlassung des Redakteurs Gieseler aus der Zwangshaft ist, wie die Frank

Justiz Zeitung jetzt mitteln kann, auf Veranlassung der...

Dem Reichstags-Abgeordneten Dr. Walschleger soll...

Weil er nun statt Wein bei Auspendung des...

Italien.

Die Auflösung der Kammer.

Der Ministerrat ist zu einer Sitzung zusammenge...

Spanien.

Fortschritte der Aufständischen auf Kuba.

Im Reichbild von Havanna griff eine Schar Ju...

Russland.

Russische Pressefreiheit.

Der kürzlich gegründeten Petersburger Zeitung...

Die Kränze der National-Sozialen.

Pfarrer Naumann beschäftigt sich in vorletzter Nummer...

langsam zur geschichtlichen Notwendigkeit. Eines Tages...

Und wann können wir einen sozialen Kaiser haben?

Wir unsererits wollen Pfarrer Naumann den süßen...

Aus den Gerichtssälen.

§ Magdeburg. (Schwurgericht) Der schon viel...

beschlossen wurde. Die Verhandlung wurde daher verta...

§ Magdeburg. (Gewerbegericht.) Der Köpfer...

Auch ein Goldker und Bekker. Der verkommene...

Miscellaneous.

Für das Wort Streikbrecher, welches ein Buchbinde...

Das Gesuch der Berliner Bäcker-Innung, die Ver...

Kein Schulunterricht. In Mößern, einem zu Teils...

Fenilleton.

Der Jude. (Fortsetzung.)

Das seltsame Gemüthe aus der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts...

„Ach, wohin in diesem tobenden Sturme?“ fragte...

„Komme,“ erwiderte Judith... „komme zur Scheiter!“

Im Brunnen und dem weißen Gerleim darüber...

„Du bist ein furchtbarer Geist, Komme,“ sagte...

„Du bist ein furchtbarer Geist, Komme,“ sagte...

„Du bist ein furchtbarer Geist, Komme,“ sagte...

„Du bist ein furchtbarer Geist, Komme,“ sagte...

„Du bist ein furchtbarer Geist, Komme,“ sagte...

„Verblendete Welt!“ rief sie endlich, zwischen Dagobert...

„Dane weiter ein Wort zu verlieren, eilte Judith...

„Dane weiter ein Wort zu verlieren, eilte Judith...

„Dane weiter ein Wort zu verlieren, eilte Judith...

„Dane weiter ein Wort zu verlieren, eilte Judith...

innerung an seine entsetzliche Verheißung schlich fröh...

„Wenn er wirklich zurückgekehrt wäre aus dem...

„Noch eine Weile horchte sie, dann drang ein e...

„Herrgott! die Mutter!“ stammelte die heftig Zusammen...

„Und fort wollte sie, um dem Mörder die eigene Brust zu...

„Und fort wollte sie, um dem Mörder die eigene Brust zu...

„Und fort wollte sie, um dem Mörder die eigene Brust zu...

„Und fort wollte sie, um dem Mörder die eigene Brust zu...

„Und fort wollte sie, um dem Mörder die eigene Brust zu...

„Und fort wollte sie, um dem Mörder die eigene Brust zu...

Tag 27, Kreuzer. Kein Wunder, daß der Lehrer vor Hunger davongelaufen ist.

Verletzung der Wehrpflicht. Durch Beschluß der Strafkammer des kaiserl. Landgerichts in Zabern i. El., vom 24. Dezember 1896, wurde das im Deutschen Reich befindliche Vermögen von 273, der Verletzung der Wehrpflicht angeklagten Personen mit Beschlag belegt.

Zur Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen.

Die Buchbinder beschlossen in einer stark besuchten Versammlung, die Sperre über alle Werkstätten in Berlin aufzuheben. Die Zugeständnisse, welche ihnen die Arbeitgeber antastlich des letzten Streiks machten, werden von ihnen schon jetzt nicht mehr inne gehalten.

Aus den Streifgebieten.

Die Unternehmer beharren auf ihrem halsstarrigen Standpunkt. Unter Einrechnung der Familienangehörigen beziffert der Leipziger General-Anzeiger die Zahl der vom Streik betroffenen Personen auf insgesamt zehntausend Personen. In Hamburg, der Welt- und Hafenstadt, die nach Hunderttausenden zählt, haben die 17000 ausländischen Hafenarbeiter wohl auch Einfluß genügt auf die ganzen Verhältnisse, aber was 10000 brotlose Menschen in einer Stadt von 26000 Einwohnern wie Weissenfels bedeuten, das werden erst die nächsten Wochen im vollen Umfange erkennen lassen.

Weissenfels.

Die Unternehmer beharren auf ihrem halsstarrigen Standpunkt. Unter Einrechnung der Familienangehörigen beziffert der Leipziger General-Anzeiger die Zahl der vom Streik betroffenen Personen auf insgesamt zehntausend Personen. In Hamburg, der Welt- und Hafenstadt, die nach Hunderttausenden zählt, haben die 17000 ausländischen Hafenarbeiter wohl auch Einfluß genügt auf die ganzen Verhältnisse, aber was 10000 brotlose Menschen in einer Stadt von 26000 Einwohnern wie Weissenfels bedeuten, das werden erst die nächsten Wochen im vollen Umfange erkennen lassen.

Hamburg.

Der bekannt gegebene Beschluß der Streikenden wurde den Arbeitgebern überreicht; die Antwort wird heute erwartet. Der Hoffnung eines weiteren Entgegenkommens wurde in den Montag Abend abgehaltenen Volksversammlungen mehrfach Ausdruck gegeben. Es wurde eine Resolution angenommen, in der den Streikenden die Sympathie der Versammlung ausgesprochen und der bestimmten Erwartung Ausdruck gegeben wurde, daß die Arbeitgeber alles aufbieten werden, die schwebenden Verhandlungen zu fördern und einen beide Ehrenden Frieden herbeizuführen.

Arbeitgeber-Verband, wenn diese Beratungen noch verzögert werden. Hat man den Beschluß über den Vorschlag der Arbeiter vielleicht abschließend noch nicht gefaßt, um den Gehalt für die Streikunterstützung abzuwarten, wie das allseitig behauptet wird, so hat man sich in seinen Erwartungen getäuscht, denn die Unterstützung ist an alle Ausständigen nicht nur in der bisherigen Höhe ausbezahlt worden, es sind sogar bis Dienstag weitere 16 000 Mark Unterstützungsgelder eingegangen.

Quittung.

Zur Unterstützung der Hafenarbeiter und deren Familien gingen ein: 5 Arbeiterinnen, Seifenfabrik, Sudenburg, 1,00. Durch A. S., Sudenburg, 4,00. Gemütliche Geburtstagsfeier des Turnklubs 'Frohstimm', Sudenburg, 5,00. 5 lustige Brüder bei Königstede 6,50. Turnklub 'Frohstimm', Sudenburg, 10,00. Postillon 0,20. 2 Zuckerkocher 1,50. Walzer bei Königstede 4,25. 3 Tillumer, Sudenburg, 2,00. Für 2 Spiele nichtverbrannte Karten 1,50. Bon der Werkstatt Nr. 26, Sudenburg, 2,50. Wilh. Stein 0,25. Konjum-Weißbäckerei 17,75. Verband der Bergelder und Berufsgenossen, Filiale Burg, 3. Rate, 15,00. Verein Schmoria 0,50. Ausgelegtes Geld, Obventedt, 0,40. Von zwei Unorganisierten, die sich zur Pflicht gemacht haben, wöchentlich je 50 Pf. beizutragen, 1,00. Am Viertiag G. S. 2,00. Eine Frau, die kein Frühstück gegessen hat, 1,00. A. S., Salbte, 0,50. Organisierte Stuccateure, 2. Rate, 6,10. Von der Probe bei der Waffentanne d. S. A. G., 2,01. Bergelien 0,15. Central-Verband der Maurer, Zahlfelle Höfendobelen, 2. Rate, 30,00. Mehrere Höfendobelen 5,80. Naturheilverein Alte Neustadt 20,00. Schmidt, Alte Neustadt, 2,50. Frau S., 0,20. Ein Schuster, Rindstraße, 0,50. Holzarbeiter Magdeburgs, 2. Rate, 10,25. A. S., 0,50. Organisierte Steinmeger, Platz Postner, 2,40. Vom Bierverleger S. 0,50. Platz Döbel 1,20. Reichswärter 2,00. Von den Arbeitern der Steinmühl-Fabrik Gebr. Hubbe in Neuhalbinsleben 26,32. Lustige Kartenpieler und zwei Genossen in Althalbensleben 4,50. Karte Rindtaufe in Neuhalbinsleben 1,00. Frz. Buchwald, Konjum-Binder 1,00. Gemütlicher Streikklub, Nothenje, 4,30. Die Kunden vom Schunkelpalast 5,51. 3 arbeitslose Steinmeger im Wohlstande in der Petersstraße 6,00. Die Expedition.

Zur Unterstützung der Hafenarbeiter und deren Familien gingen ein: Nobawerte, 5. Rate, 15,25. 501 St. 15,55. 522 Bau Sofa 11,85. Ledearbeiter Neue Neustadt 15,20. Schmiede, Kesselschmiede und Arbeiter von Garrett Smith & Co., Steinbamm, 31,25. Nr. 443 Sudenburger Frauen 30,55. 446 G. S., 3. Rate 2,65. Nr. 448 54,38. 549 Frauen der Sudenburg 25,30. Fahrradbau Hns & Paasch 5,25. Dreherei, Maschinenbau und Schmiede 15,10. Drei Sehlunge daselbst 0,75. Veteran 1,00. Eisengießerei D. S. 36,00. Umgepflöpfer Gärtner, 6. Rate, 22,00. Einer aus der Südstraße 0,50. 508 Böttcher 14,25. 350 Stephan Glade 4,00. 423 G. 4,62. 502 Genossen Budau, S. G. H. 12,40. 428 Schmiedemühle 12,20. 425 H. 9,65. 464 10,35 (darunter 4,00 von den Wagenbauern bei Volkstempel). Ein Mitglied des Männer-Turnvereins Fernersleben 1,00. 362 Eisengießerei durch R. 8,10. Ein Langhäriger und ein Kahlkopf 1,60. Geburtstags am Sonntag 1,50. Gej. bei Westge, blaues Auge, 2,60. 3 Genossen bei Bethge 1,25. Nehlwärter S. G. 0,35. Gefangenen Einigkeit, Budau, 15,00. Lustige Gesellschaft bei F. W., Budau, 3,00. Ueberjunden durch R. 2,00. Nr. 411 8,50. 438 12,75. 625 20,00. Von 23 fünf S. P. 2,50. Organisierte Holzarbeiter Budaus 25,00. Geburtstagsfeier G. E. 1,21. Stat G. W. 0,30. Besser als ein Hock 1,00. Verunglückte Geburtstagsfeier A. G. 0,60. Albert Vater, Vertrauensmann.

An den Ratten-Ausschub gingen ein für die Hamburger Spenden: Hänge 1,00. Schubert 1,00. Witten 1,00. Mann 1,00. Böhm 1,00. C. Wolf 1,00. Wagner 1,00. P. Weigel 1,00. Stieh 0,20. Steef 0,50. Zurte bezahlt 0,50. 2. Böhm 0,20. W. 0,30. Jener 0,30. Frau Riche 0,50. Marggraf 0,20. Kraft 0,20. Geenberg 0,10. Barthel 0,20. Saeel sen. 0,40. Saeel jun. 0,50. Schmidt 0,50. Hennig 0,20. Banfer 0,25. Bod 0,25. C. B. Stendel 0,50. Zwei lustige Schmiede 0,72. In Summa: 14,42. S. Schubert, Stendal.

Tages-Chronik.

Magdeburg, den 20. Januar 1897. — Kritiklos giebt die Magdeburger Zeitung folgendes ihr aus Hamburg zugegangene Telegramm wieder: „In fünf stark besuchten Volksversammlungen wurde die Streiklage besprochen. Bei Eagebiel, wo in beiden großen Sälen sechs bis achttausend Personen versammelt waren, erkattete Pfannkuch Bericht und bestritt, daß die Sozialdemokratie zum Streik gehebt habe. Nachdem der Streik ausgedrohen sei, habe die Sozialdemokratie die Ausständigen nur materiell und durch Ratsschläge unterstützt. Schließlich wurde eine Resolution angenommen, durch die den Ausständigen Sympathie ausgedrückt und die bestimmte Erwartung ausgesprochen wird, daß die Arbeitgeber alles aufbieten werden, um die schwebenden Verhandlungen zu fördern und einen beide Ehrenden Frieden herbeizuführen. Sollte wieder Erwarten die Unternehmerschaf den Frieden wieder ablehnen, so sei diese allein verantwortlich; den Streikenden wird noch energische Hilfe zugesichert. Die Maßnahmen der Staatsbehörden und der Polizei werden stark bemängelt und als Eingriffe in die persönliche Freiheit und die Rechte weiter Volkstheile bezeichnet. Schließlich werden die Behörden aufgefordert, volle Neutralität zu beobachten.“ Wir haben schon jüngst anermant, daß das nationalliberale Blatt in letzter Zeit weniger tendenziös über den Ausständigen berichtet. Wie lange diese mehr objektive Berichterstattung anhalten wird, ist eine zweite Frage. Doch dies interessiert uns zunächst nicht. Wie die Volksstimme zwei andere hiesige Blätter durch Brandmarkung deren Ungezogen zum Schweigen gebracht hat, so scheint andererseits das nationalliberale Blatt sich weise Mäßigung auferlegt zu haben. — Aus der Versicherungsanstalt Sachsen-Anhalt. Millionen auf Millionen häufen die Alters- und Invalidenversicherungen an, während mancher alte Arbeiter, der die 70 Jahre schon überschritten hat, vom Rentenbezug ausgeschlossen bleibt, weil ihm noch einige Markten fehlen oder weil er nicht den Nachweis erbringen kann, daß er während der drei Jahre vor Inkrafttreten des Gesetzes (1. Januar 1891) 141 Wochen lang in einem versicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis gestanden hat. So hat die Versicherungsanstalt Sachsen-Anhalt Ende 1896 helle 25 Millionen Mark in Wertpapieren und Hypotheken angelegt gehabt. Ganze 10 500 Mark wurden zu Arbeiterwohlfahrtszwecken verwendet. Wenn es so weiter geht, sammeln die Versicherungsanstalten ein ganz ungeheures Vermögen an, das allerdings in weit höherem Maße als bisher zwecken dienlich gemacht werden könnte, die unmittelbar im Interesse der Arbeiter liegen. — Eine erste Warnung erläßt der Vorstand der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt Berlin. Es ist zu seiner Kenntnis gelangt, daß Arbeitgeber aus Quittungskarten losgelöste Weitragsmarken ankaufen und diese bereits einmal verwendete Weitragsmarken in Erfüllung ihrer gesetzlichen Verpflichtung zur Beitragsleistung in die Quittungskarten ihres Personals einleiten. Der Vorstand machte auf die ersten strafrechtlichen Folgen eines solchen Verfahrens aufmerksam. — Politik in der Begräbnisliste. In allen Vereinen und Vereinen wird zur Zeit lebhaft für die Feier der Enthüllung des Kaiserdenkmals agitiert; der Anstoß hierzu ging von betamuten Personen aus. Welche Anstrengungen hierbei gemacht werden, lassen sich heute noch nicht erzählen, wir müssen die Schilderung auf einen späteren Zeitpunkt verschoben. Für heute nur so einen kleinen Beleg von dem Thum und Treiben gewisser Leute. Hierorts besteht für Zimmerer eine Begräbnisliste. Dieselbe hatte jüngst ihre Quartalsversammlung. Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten wurden von dem Vorsitzenden, Zimmermeister Hermann, Oberstedt, die Kaiserfeierlichkeiten in Magdeburg angegangen. Unter Hervorhebung der Verdienste dessen, dem ein Denkstein errichtet werden soll, beantragte er die Beteiligung an den Feierlichkeiten seitens der Zimmerleute. Es wurde hervorgehoben, daß bereits die Maurer- und Steinmeger-Zunft ihre Mitwirkung ausgesprochen habe und da ersehe es notwendig, daß die Zimmerer sich der Feier anschließen; verfiel doch die Begräbnisliste über drei Jahren. Diese im Winde vor dem Donnal flattern zu lassen, müßte jedes Zimmerers Herz um einige Zoll schmellend machen. Den Zimmerern, die stets bemüht gewesen, die Politik aus der Krankenkasse fernzuhalten, waren ganz perplex, denn auf die Tagesordnung war die Besprechung dieser Angelegenheit nicht gesetzt. Trotzdem schritt der Vorsitzende zur Abstimmung über seinen Antrag. Von 30 Zimmerern stimmten 16

verwerfend, und Gotteslästerungen und gräuliche Flüche aus dem gisigen Munde sprudelnd. Das schauerhafte Bild entlockte der eintretenden Judith einen lauten Schrei. Die endende Mutter hörte ihn noch, faltete bittend die Hände gegen die Tochter und verschied.

(Fortsetzung folgt.)

Der „nächste Krieg“.

Auf den „nächsten Krieg“ rüft sich ganz Europa. Wann er kommen wird — niemand weiß es. Daß er kommen wird, diesen Glauben aufrecht zu erhalten, ist das Interes aller, die sich einen Zustand nicht vorstellen wollen, in dem die Völker erkannt haben, daß schon der „bewaffnete Friede“ wohlstandvernichtend wirkt. Wie er sich gehalten wird? Welche Opfer er den Völkern auferlegen wird? Wer will es wissen! Nur wird mit Bestimmtheit behauptet, daß er blutiger, daß er schrecklicher sein würde, als der seiner Vorgänger.

ausgezeichnete Folge der gegenwärtigen Bewaffnung zu sein, welche Dedungen jeder Art mehr wie jemals gebieterisch fordert. Hat man doch schon daran gedacht, die Schilde wieder einzuführen, freilich nicht solche aus Holz oder Leder, sondern aus schwer durchdringbaren Aluminiumlegierungen. Die Schilde hätten jedenfalls den ästhetischen Vorzug, daß die Soldaten in menschlicher Körperhaltung stolz und aufrecht wie die alten Krieger kämpfen könnten. Bis die Schildfrage gelöst ist, bleibt nichts übrig, als die Schichten nach Vierfüßlerart zu schlagen, tagenartig auf dem Boden fortzukriechen, maulwurfsartig sich in den Boden einzuwühlen. Der Spaten ist neben dem Gewehr der unentbehrlichste Ausrüstungsgegenstand geworden. Manche Völker haben sich schon früher auf diese Maulwurfsarbeiten sehr gut verstanden, jetzt müssen auch wir uns dem Zwange fügen. Wo es für immer notwendig ist, werden unsere Soldaten sich künftighin der Schützengraben bedienen. Der Schützengraben führt aber fast mit Notwendigkeit zum Verstecken. Man denke sich eine Verteidigungsstellung mit künftighin ausgehobenen Schützengraben, die in der Tiefe nicht mit rückwärtigen Verbindungsängen versehen werden konnten, so daß die Verbindungen, die nach und nach zu der ersten Bejahung der Schützengraben herangezogen werden müssen, ein ungedecktes, dabei aber von Augenlicht scharf beschriebenes Gelände zu überschreiten haben. Sie werden das in wildesten Laufe thun und blindlings in die Schützengraben hin einimpfungen, wobei für die Besunden und Verwundeten, die im Graben liegen, zahlreiche Fußstapfen von derster Art abfallen werden. Sobald sich im Schützengraben die Leichen in störender Weise angehäuft haben, müssen sie notgedrungen hinausgeworfen werden. Nach rückwärts kann dies nicht geschehen, weil dadurch das Nachrücken der Reserve erschwert würde, es geschieht dadurch das Nachrücken der Reserve, wobei sich von der Seite der Reserve nach vorwärts, wobei sich von der Seite der Reserve die Verstärkung der Frontwehr ergibt. Wenn bei dieser Gelegenheit ein nach Lebender mit hinausfliegt, so ist das eigentlich ein Glück für denselben, denn auf der Frontwehr erhält er vom Feinde bald die Gnadenfügel, während er im Graben wahrscheinlich weniger schnell totgetreten wird. Das ist so ungefähr das Bild des Krieges der Zukunft, wie es sich wohl nicht immer, aber recht häufig gestalten wird. Wir sind damit auf der tiefsten Stufe der Noheit angekommen: ein noch tieferes Herabfallen ist vor der Hand nicht denkbar. Wenn das die letzten Früchte der Zivilisation sind, so war es nicht der Mühe wert, den Naturzustand zu verlassen, denn im Vergleich zu dieser Kulturlosigkeit war die natürliche Noheit eine verabschiedete Unschuld. Wenn man die reizenden Fortschritte überblickt, welche die Verwilderung der Gemüter in dreien Volksschichten macht, und daneben zu allem Ueberdruß auch noch diese Verwilderung der Kriegführung sehen muß, so hat man wohl Ursache, besorgt der Zukunft entgegenzugehen.

Dr. Fort mit denen aus, die mit dem Feinde auf dem Schlachtfeld zu thun haben! Und die Dahingeblichenen? Nun, wenn man bedenkt, daß im „nächsten Kriege“ jeder europäische Großstaat zirka vier Millionen Streiter im besten Mannesalter auf die Beine bringen wird, so ergiebt sich von selbst, daß die Zurückbleibenden, der arbeitssamsten und leistungsfähigsten Hände beraubt, dem Hunger auszuliefert werden müssen. Ein anderer Fachmann, der französische Kontradmiraal Reveillere, sagt in seinem 1894 erschienenen Buche „Die Eroberung des Weltmeeres“: Die schrecklichste Seite des „nächsten Krieges“ sei vielleicht weniger das blutige Drama des Schlachtfeldes (trotzdem, was den Kämpfern nach der Schilderung Poiris bevorsteht), als der Stillstand des Volkslebens. Jeder Mann sei an der Grenze; jeder verzehret, keiner arbeitet; es ist allgemeiner Hunger. Stille herrscht auf den Feldern und in den Fabriken und Werkstätten, die nicht einen Tag aussetzen können, ohne Tausenden das Brot zu entziehen. Der Krieg ist ebenso ein wirtschaftlicher wie ein kriegerischer Kampf. In einem deutsch-französischen Kriege, an dem auch Rußland teilnimmt, wird das Volk fliegen, das am geduldigsten ist. Das am geduldigsten ist, am längsten hungern kann! Was aber den Dahingeblichenen bevorsteht — ganz gleich, ob den dahingeblichenen Deutschen, Franzosen oder Russen — daselbe wird den in den Feldzug Gezogenen, die nicht der mörtlichen Wirkung der verrottungskommuneren Waffen unterliegen, nicht erspart bleiben. Es ist nicht in Laicureisen, sondern in militärischen Fortschritten schon mehr als einmal die Befürchtung ausgesprochen worden, daß die Verpflegung von vielen Millionen von Soldaten schlechterdings unmöglich sein wird.

Aus allen diesen Gründen ist die Abwirtschaffung der Epoche des Militarismus näher gerückt. Mehr und mehr werden sich die Völker davon überzeugen, daß das Zeitalter, in dem Streitigkeiten der Nationen auf dem Wege internationaler Schiedsgerichte geschlichtet werden müssen, näher ist, als die blinden und blöden Anbeter des Militarismus glauben machen wollen, jenes Militarismus, der die Völker schon im Frieden ausgezehrt und, wie der eingangs erwähnte deutsche Sachverständige hervorhebt, alle Bestrebungen auf Veredelung der Menschheit zu nichte macht. (Volksztg.)

Seite bin ich über die Zeichnung nicht mehr so beruhigt wie vor 25 Jahren. Ich fürchte jetzt, daß sie in künftigen Kriegen auch bei uns die werden. Es scheint, daß eine kaum vor-

So der Fachmann, ein deutscher Generalarzt, dem gewiß niemand vorwerfen wird, daß er aus zweifelhaften Gründen „in Sensation machen“ wolle; denn seine Broschüre ist den edelsten, menschenfreundlichsten, befallswürdigsten Absichten entsprungen. So steht es nach dem Urteil des

zur Beteiligung, die übrigen enthielten sich der Abstimmung, resp. stimmten dagegen. Gegen diesen Beschluß protestieren die Zimmerer und wollen dem Herrn Vorsitzenden in nächster Versammlung aus-

36-jährige Cigarrenmacher Karl Fischer zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt. Berlin. (Eine blutige Affaire zwischen einem Vater und seinen zwei Söhnen.) Hier geriet der 47 Jahre alte Handelsmann Friedrich Sch. als er betrunken in seine Wohnung in der Prinz Eugenstraße zurückkehrte, mit seinen beiden, 21 und 19 Jahre alten Söhnen in Streit, wobei er mit dem Hammer auf sie eindrang und den älteren am Auge leicht verletzte, während er selbst durch Stockhiebe am Kopfe bedeutend verletzt wurde.

Breslau. (Weiterer Verhaftung.) Dem Vernehmen nach ist in der Giftmordaffaire, welcher die Wobistin Rodewald zum Opfer fiel, auch die Frau des mutmaßlichen Mörders, Fabrikbesitzers Rodsch, wegen Verdachts der Mitwisserschaft verhaftet worden.

Regensburg. (Vermächtnis.) Der hier verstorbenen österreicherische Kammerer Graf Ernst Dörnberg vermachte sein Vermögen von 15 Millionen Mark der Stadt Regensburg zu wohltätigen Zwecken.

Spandau. (Selbstmordversuch.) Ein Rekrut des Pionierbataillons von Rauch in Spandau, der nach seiner Heimat in Pommern beurlaubt war, hat sich, als er wieder zu seinem Truppen- teil zurückkehren sollte, zu töten versucht, indem er sich eine Kugel in den Kopf schoss. Er liegt in seinem Heimatsort schwer krank darnieder.

London. (Ertrunken.) Ein Privat-Telegramm der Magdeburger Zeitung meldet: Auf dem Rufflusse bei Newport in Monmouthshire kenterte eine Fähre mit 16 Insassen; 10 sind ertrunken.

Henecke Nachrichten.

Leipzig. 23 Arbeiter der Musikwerkfabrik von Flemming in Leutzsch bei Leipzig haben infolge Maßregelung eines Arbeiters, der die Ritzhände in der genannten Fabrik in der Öffentlichkeit besprochen haben soll, die Arbeit niedergelegt.

In Lannhanjen bei Mühlengiersdorf in Schlesien haben 400 Weber und Spuler der Firma Meyer u. Kaufmann die Arbeit eingestellt.

Herzine, Versammlungen, Vergnügungen etc. Am 17. d. M. lagte in Richards Feiern eine vom Nationalen Handlungsgehilfen-Verband einberufene öffentliche Versammlung der Handlungsgehilfen, welche von 25 Personen besucht war. Referent war Herr Schedt Hamburg, von dem wir die erfreuliche Mitteilung machen können, daß er sich immer mehr nach links entwickelt. J. B. unterließ er seine Angriffe auf die anderen Verbände und verbot sich mit Eifer den Führer-Lobenspruch sowohl als die vollständige Sonntagsruhe. Gegen bezüchtete er sich als ganz entschiedener Gegner jedweder Konkurrenzmaßregel und ist der Ansicht, daß, was einem Handwerker geplatzt sei, könne man einem

Handlungsgehilfen auch einräumen. Herr Kreuz natürlich in der Praxis den entgegengesetzten Standpunkt, indem er meinte, daß die Gehaltsgehälter doch etwas geschätzt (s. müssen gegen etwaig vorkommenden Gehaltsrückbildungen durch die Gehälter Herr Krautmann fand den Kreuzschen Kohl unbedenklich, widerstand dem Vorrede und ist mit dem Referenten einverstanden. legterem anrug, ob es wahr sei, daß beim Hafnarbeiterstreik Handlungsgehilfen als Streikbrecher arbeiten mußten, erklärte er, diese Frage beim gemütlichen Glaube hier beantwortet werden wollen. Warum so ängstlich, Herr Sch. Wir erwarten die Anfrage schon früher, Sie hätte doch in der öffentlichen Versammlung besser erwidert werden können, oder fürd er Sie Gegner?

Die Volksversammlung im Gesellschaftshaus zur (Alte Neustadt) war äußerst zahlreich besucht. Genosse Hoffmann Berlin sprach über „Brennerei und Glaube“ unter Anlehnung gewisse christliche Lehrbücher und unter Berücksichtigung der modernen Wissenschaft. Sein Vortrag war sehr interessant und wurde allseits sehr beifällig aufgenommen. Nach kurzer Diskussion, wobei die Verhältnisse berührt und für die Presse und Organisation agitiert wurde, fand die auch sehr stark von Frauen besuchte Versammlung gegen 11 Uhr ihr Ende.

Gewerkschaftskartell Burg. Donnerstag, den 21. d. M. abends 8 Uhr, Sitzung bei Jaffe. Der wichtigen Tagesordnung wegen ist das Erscheinen aller Delegierten notwendig.

Städtischer Schlacht- und Viehhof. (Amtlicher Marktbericht der Direktion.) Auftrieb am Dienstag, den 19. Januar 1897: 17 Rinder (einschließlich 23 Bullen), 217 Kälber, 170 Schafe in 1120 Schweine. — Preise: Ochsen Ia. 32—34, IIa. 30—31, IIIa. 27—29; Bullen Ia. 27—29, IIa. 22—26; Kühe Ia. 23—25, IIa. 20—22; Kälber Ia. 35—41, IIa. 27—34; Schafe 20—22; Hammel 24—26 Mark für 50 Kilo Lebendgewicht; Schweine 47—51; Sauen 42—48; Eber 38—42 Mark für 50 Kilo Schlachtgewicht. Schweine werden nach Lebendgewicht mit 40—50 Pfund Tara pro Stück schwere Schweine mit höherer Tara, Sauen und Eber mit 20 Kilo Tara verkauft. — Tendenz: mittelmäßig. — Ueberstand: 25 Rinder, 60 Schafe, 125 Schweine. Magdeburg, den 19. Januar 1897. Der Direktor. gez. Colberg.

Briefkasten.

G. P. In dieser Form als Anzeige für den Vereinskalendarer wollen Sie heute noch einen Hinweis schreiben und uns zuschicken.

Eingegangen: Versammlung der Böttcher. — Versammlung der Schuhmacher. — Die Stellungsvermittlung des Herrn W. Dittmer. — Aus einer Zuckerrabrik.

Donnerstag Gewerbegericht-Beisitzer.

Mittwoch abend Volksversammlung in der Zerbster Bierhalle.

Wittenfeld. (Ein alter Arbeiter verunglückt.) Der 64 Jahre alte Arbeiter Stöbe wollte Spreu und Häckel vom Boden eines Stallgebäudes des Gutsbesitzers K. in Kitzendorf heruntertragen. Dabei kam er auf der Bodentreppe zu Falle und erlitt einen Bruch des linken Oberarmes und einen Bruch des linken Oberschenkel.

Segeln. (Ertrunken.) Beim Nachhausegehen von der Arbeitsstelle Altkarwe Westeregeln verunglückte der Arbeiter Henneborn von hier. Genannt ist 33 Jahre alt und hinterläßt eine Frau mit 3 Kindern im Alter von 1 1/2, 3 und 10 Jahren. Nach Aussage zweier seiner Gesellschafter (Arbeitskameraden) hat sich der Verunglückte trotz deren Warnung, um einen Nichtweg einzuschlagen, abgewandt. Derselbe ist in der Dunkelheit der Bode zu nahe gekommen und ertrunken. Kurz nach Trennung haben beide Hilferufe vernommen, konnten aber bei der Dunkelheit und bei Unkenntnis der Unglücksstelle keine Hilfe bringen. Die Leiche ist bis jetzt noch nicht gefunden.

Reisbaldleben. (Sommer Pferde erschlagen.) Der Lohnaufmann Keller wurde von einem Pferde, das er puzte, darauf vor die Brust geschlagen, daß er sofort tot war.

Wolfsleben. (Bergmannslos.) Auf der Braunkohlengrube Sophie wurde der Bergmann Andreas Dahlheim von hier durch niederfallende Kohle darauf verhängt, daß er sofort tot war. Nach längerer Bemühungen gelang es, die Leiche frei zu machen. Der erst 39 Jahre alte, so jah aus dem Leben Geschiedene, hinterläßt eine Frau und 3 Kinder.

Torgan. (Doppelheh.) Wegen Doppelheh wurde der

Advertisement for 'Buckau. Inventur-Plusverkauf!' (Inventory Plus Sale) featuring 'Schönebeckerstraße 108' and 'Anna Griese'.

Advertisement for 'Mitglieder-Versammlung' (Members Meeting) of the 'Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands'.

Advertisement for 'Restaurant Zum Reiseohkel' located at 'Sudenburg, Kurfürstenstr. 32'.

Advertisement for 'Freien Stunden' (Free Time) featuring 'Romane und Erzählungen'.

Advertisement for 'Manchester-Sammot' and 'G. Gehse' at 'Johannisfabrikstr. 14'.

Advertisement for '12 Brautbetten!' (12 Wedding Beds) and 'Stellen-Jagdliste' (Job Listing).

Advertisement for 'Grafen-Gesellschaft' (Counts Society) and 'Vissler, Richter'.

Advertisement for 'Küchenmittel der Magdeburger Volksküchen' (Kitchen Supplies).

Advertisement for 'Circus-Theater' featuring 'Paolo u. Ricardo' and 'Original-Schaeffer!'.

Advertisement for 'Stube, Hammer, Küche' (Kitchen) at 'Kurfürstenstraße 35'.

Advertisement for 'Stadt-Theater' featuring 'Der Trompeter von Säckingen'.

Advertisement for 'Wilhelm-Theater' featuring 'Eine tolle Nacht'.

Advertisement for 'Landesamt' (Land Office) at 'Magdeburg, 19. Januar 1897'.

Advertisement for 'Vitograph' (Vitreograph).

Advertisement for 'Todesfälle' (Deaths) and 'Geburten' (Births) in the 'Buckau' region.

